

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Aus dem Inhalt:
 Hitleropfer in Holland
 Lob der Demokratie in Moskau
 Gott spricht wie Hitler
 Die Saaremigranten in Südfrankreich
 Wie man Oberbürgermeister wird

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Frauenköpfe rollen

Die große Spionage-Affäre in Berlin

In Berlin sind am vergangenen Montag zwei Frauen geköpft worden, die im Dienste eines polnischen Spions gestanden haben sollen. Es war der Benita v. Berg, geschiedene v. Falkenhayn, geborene v. Zollikofen, und ihrer Schicksalsgefährtin der Renate v. Natzmer an der Wiege nicht gesungen worden, daß sie einmal ein solches Ende nehmen würden. Sie wie die dritte Verurteilte, Irene v. Jena, die mit lebenslänglichem Zuchthaus davonkamen, waren Töchter adeliger Offiziere, wie überhaupt in der ganzen Affäre kaum ein deutscher Name auftaucht, der nicht dem alten preußischen Militäradel angehört. Der Mann selbst, der drei adelige Frauen aufs Schafott und ins Zuchthaus gebracht hat, ist ein polnischer Adelige und ehemaliger österreichischer Kavallerieoffizier. Dieser Herr von Sosnowski ist zwar gleichfalls zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, es besteht aber kein Zweifel daran, daß er bald als ein im Austausch Freigelassener Deutschland in einem Abteil I. Klasse verlassen wird.

Die Berliner Spionageaffäre ist ein ungeheurer Skandal jener Gesellschaft, die heute noch, heute mehr denn je als die gute gilt. Der polnische Kavalierspion und seine deutschen Gehilfinnen konnten sich freundschaftlicher Beziehungen nicht nur zu Hohenzollernprinzen rühmen, sondern auch zu nationalsozialistischen Führern. Es ist kein Zufall, daß Göring vor kurzem sein Begnadigungsrecht an Hitler abgegeben hat. Göring wollte nicht Damenköpfe lassen, denen er noch vor nicht zu langer Zeit die Hand geküßt hatte. Möglicherweise hat er, der erst neulich in Warschau war, es auch nicht für klug gehalten, die neue polnisch-deutsche Freundschaft im blutigen Schein einer grauenhaften Henkerszene erstrahlen zu lassen. Hitler setzte sich über diese Bedenken hinweg.

Hitler und Göring haben seit zwei Jahren viele Menschen töten lassen, ohne die Gründe dafür anzugeben. Auch über die Gründe der neuen Schlächtereierfährt man nur wenig. Wenn es wahr ist, daß die verurteilten Frauen als Beamtinnen des Reichswehrministeriums Verrat geübt haben, wird niemand ihr Verhalten entschuldigen. Bei dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Rechtssicherheit kann sich aber auch niemand dafür verbürgen, daß die Beschuldigungen, die gegen sie erhoben wurden, zutreffen. Gerade Landesverratsprozesse haben sich ihrer besonderen Eigenart wegen als eine unerschöpfliche Quelle von Justizirrtümern erwiesen: siehe den Fall Dreyfus in Frankreich, die Fälle Fehenbach und Bullerjahn in Deutschland. Waren solche Fälle auch bei relativ normalen Zuständen möglich, um wieviel leichter können sie sich dort ereignen, wo jede geordnete Rechtspflege aufgehört hat! Das sogenannte »Volksgericht«, das am 16. Februar die beiden Todesurteile fällte, ist ein nationalsozialistisches Parteigericht, das nach politischen Gesichtspunkten entscheidet. Es hat gar nicht die Aufgabe, Recht zu sprechen, es hat im Interesse der Partei zweckmäßig zu handeln.

Aber auch, wenn die vom sogenannten Volksgericht schuldig gesprochenen wirklich im Sinne des Gesetzes schuldig gewesen sein sollten, so war ihre Tötung kein Akt des Rechts. Das deutsche Strafgesetz kennt für Landesverrat im Frieden keine Todesstrafe. Erst die jetzt

herrschende Gesellschaft, die sich das Recht angemacht hat, den Deutschen Gesetze zu geben, hat diese Strafe eingeführt. Die Taten, die heute in Deutschland mit dem Tode bestraft werden, mögen noch so verwerflich sein — sie stehen in gar keinem Verhältnis zu den Verbrechen, die die heute Herrschenden auf dem Gewissen haben. Mögen die beiden hingeschlachteten Frauen auch für Liebe oder Gold Verrat begangen haben, sie mögen noch so tief gesunken sein, sie hatten noch nicht das Niveau jener Edith Kersbach erreicht, die den abtrünnigen Nationalso-

zialisten Formis an sich lockte, um ihn von ihren Spießgesellen ermorden zu lassen. In einem Lande, in dem diese Edith Kersbach und ihre Spießgesellen Schutz und Förderung genießen, gibt es keine »Hinrichtung« mehr im Sinne irgendeines Rechts. Dort gibt es nur noch Abschachtung und gemeinen Mord.

Gegen die Abschachtung der beiden Frauen im Gefängnis von Plötzensee empört sich jedes normale menschliche Empfinden. Kann man sich vorstellen, daß Deutschland noch vor fünf Jahren einen Reichskanzler hatte, der ein Gegner

der Todesstrafe war? Als Hermann Müller sein Amt antrat, richtete er an die deutschen Länderregierungen die Aufforderung, keine Todesurteile mehr vollstrecken zu lassen, solange nicht der Reichstag über Beseitigung oder Beibehaltung der Todesstrafe endgültig entschieden hätte. Schon zuvor waren in der Republik nur etwa 10 Prozent der Todesurteile vollstreckt worden gegen 40 Prozent in der Monarchie. Hitlers erste Tat aber war die Verkündung eines sogenannten Gesetzes, das neben dem Köpfen auch das Hängen als Todesart vorsieht.

Braungelbe Kriegstreiber

Berlin—Warschau—Tokio

Aus dem Gewirr der diplomatischen Verhandlungen und militärpolitischen Umgruppierungen der letzten Monate treten immer deutlicher die Umrisse der deutsch-polnisch-japanischen Interessengemeinschaft hervor, die ihre Schatten auch auf die im Flusse befindlichen Verhandlungen über die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems wirft. Lassen wir die Tatsachen sprechen:

Zum Jahrestag des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages vom 26. Januar 1934 empfing Hitler den Korrespondenten des polnischen offiziellen Organs »Gazeta Polska«, um in einem Interview die außerordentliche Bedeutung dieses Vertrages zu unterstreichen. Die gleichen Lobpreisungen äußerte um dieselbe Zeit der polnische Außenminister Beck gegenüber dem Korrespondenten des »Völkischen Beobachters«. Kurz danach weilte Göring im besonderen Auftrage Hitlers in Polen, wo er vom Marschall Pilsudski empfangen wurde. Sicherem Vernehmen nach galten die Verhandlungen der Herstellung eines gemeinsamen Operationsplanes Deutschlands und Polens gegenüber dem Ostpakt und dem mitteleuropäischen Pakt. Darüber hinaus soll aber auch über ein gemeinsames Vorgehen gegen die baltischen Staaten und gegen die Sowjetunion verhandelt worden sein. Die polnische Öffentlichkeit verfolgt mit großer Sorge die immer enger werdenden deutsch-polnischen Beziehungen, die unter den Auspizien der »autoritären« Regierung zu einer abenteuerlichen Katastrophpolitik zu führen drohen. Bei den jüngsten Debatten im Außenausschuß des polnischen Sejms sind diese Besorgnisse in nachdrücklichster Weise von den Vertretern der polnischen Sozialisten wie der Nationaldemokraten zum Ausdruck gebracht worden. Auf deutscher Seite dagegen überschlägt sich die Presse in Freuden ausbrüchen über die Sekundantendienste, die Polen der deutschen Politik leistet, während gleichzeitig in Rundfunk und Presse gegen Litauen gehetzt wird, das als nächster Gegner mit polnischer Hilfe zur Strecke gebracht werden soll.

Von großer demonstrativer Bedeutung war die Ansprache, die Hitler anlässlich der Antrittsaudienz des neuen japanischen

Botschafters Graf Mushajoki am 7. Februar hielt. Er unterstrich die enge Verbundenheit, die in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zwischen Japan und Deutschland herrsche, und gab dem Wunsch nach einer noch engeren deutsch-japanischen Zusammenarbeit Ausdruck. Einige Tage vorher war der Führer der japanischen Flottenlegation, Admiral Yamamoto, auf der Rückreise von der Londoner Flottenkonferenz in Berlin, wo er von den Regierungskreisen ostentativ gefeiert wurde. Diese Kundgebungen sind der äußere Ausdruck einer ständig enger werdenden Zusammenarbeit zwischen deutschen und japanischen Regierungskreisen. Zur Zeit weilen mehrere japanische Militärmissionen in Deutschland, die die wichtigsten Werke der Rüstungsindustrie studieren, die Ausländern sonst unzugänglich sind. Deutsche Flugzeuginstituteure führen die Japaner in die Geheimnisse der Fliegerei ein, deutsche Flugzeugwerke werden mit Bestellungen für Japan überhäuft, deutsche Wirtschaftsverbände suchen engen Anschluß an Japan, um wichtige Rohstoffe von dort zu beziehen, die insbesondere für die Rüstungsindustrie in Frage kommen.

In ähnlicher Weise machen sich neuerdings auch in Polen enge Beziehungen zu Japan bemerkbar. In der polnischen Presse wurde die alte Geschichte ausgegraben, daß Pilsudski, damals noch Führer der Polnischen Sozialistischen Partei, während des russisch-japanischen Krieges 1904 in Tokio weilte und der japanischen Regierung die Unterstützung seiner Partei gegen die Zarenregierung antrug. Schon im vorigen Jahre haben verschiedene japanische Militärmissionen Polen besucht. Neuerdings hat der japanische Militärattaché in Warschau die Erlaubnis erhalten, die wichtigsten militärischen Einrichtungen in Polen zu inspizieren. Diese Tatsache ist umso auffälliger, als er vor dem Antritt seines Warschauer Postens Chef der ersten Sektion des japanischen Generalstabs gewesen war und dann noch höhere militärische Posten bekleidet hatte. Die sich anbahnende militärische Zusammenarbeit mit Japan wird ergänzt durch die intensive Tätigkeit des Sohnes des polnischen Präsidenten Moscicki, der als polnischer Gesandter in Tokio sowohl in Japan

wie in Mandschukuo eine eifrige politische und wirtschaftliche Werbearbeit entfaltet. Es ist unverkennbar, daß die polnisch-japanische Zusammenarbeit die Aufgabe hat, den Boden für die Schaffung eines deutsch-polnisch-japanischen Bündnisses vorzubereiten.

Welche Ziele werden von den einzelnen Partnern dieser neuen Interessengemeinschaft angestrebt? Sie ergeben sich aus der Expansionspolitik, die jeder von ihnen betreibt: Hitlerdeutschland braucht die Hilfe Polens, um über Litauen hinweg gegen das Baltikum und Sowjetrußland vorzustößen und gleichzeitig durch Druck auf die Tschechoslowakei und Rumänien den östlichen Pfeiler des französischen Sicherheitssystems in Mitteleuropa zu erschüttern. Es braucht Polen als Sprungbrett nach der Ukraine hin, um im Falle ostasiatischer Verwicklungen den Traum Alfred Rosenbergs nach Schaffung »deutscher Siedlungsraumes« im Osten zu verwirklichen. Polen fördert diese Politik einerseits aus seinem Gegensatz zu Litauen heraus, andererseits, weil Pilsudski noch immer hofft, den Vorstoß nach der Ukraine hin, der ihm im Jahre 1920 im polnisch-russischen Kriege mißlang, zum siegreichen Ende führen zu können. Japan schließlich, der stärkste Partner im Bunde, arbeitet planmäßig und zielbewußt darauf hin, nach der Losreißung der Mandschurei, die in den Vasallenstaat Mandschukuo verwandelt worden ist, in die äußere Mongolei einzudringen, um von dort aus die Position Sowjetrußlands in Ostasien und Turkestan zu bedrohen. Unter dem Druck des ständig vordringenden japanischen Imperialismus hat sich die Sowjetunion vor kurzem genötigt gesehen, die Ostchinesische Bahn, die militärisch nicht zu halten war, zu einem Spottpreis an Japan zu verkaufen und zur Sicherung ihrer Grenzen große Verteidigungsanlagen in Ost- und Mittelsibirien zu schaffen. Es muß aber dennoch gewärtig sein, daß Japan einen Konflikt vom Zaune bricht und sich der ostsibirischen Provinzen zu bemächtigen sucht, insbesondere wenn es der Unterstützung Polens und Deutschlands sicher ist, die einen Krieg in Ostasien benutzen könnten, um vom Westen her die Sowjetunion anzugreifen und ihre imperialistischen Bestrebungen im

Baltikum und in der Ukraine zu verwickeln. Die einflussreiche japanische Zeitung »Asachi« hat vor kurzem mit aller Bestimmtheit versichert, der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag enthalte die Geheimklausel, daß im Falle eines Krieges zwischen Japan und Rußland die Deutschen und Polen gemeinsam in die Sowjetunion einmarschieren würden.

Die Konstellation, die sich hierauf für die europäische Politik ergibt, ist ohne weiteres klar: Nach den Beschlüssen, die in den letzten Wochen in Rom und London gefaßt wurden, steht der Abschluß des Ostpaktes sowie des mittelländischen Paktes, durch die die Grenzen im Osten und Südosten Europas garantiert werden sollen, im Vordergrund der internationalen Politik. Deutschland, das sich dem Abschluß der Luftkonvention mit England nicht abgeneigt zeigt, um England von seinen Verbündeten zu trennen, ist keineswegs geneigt, die beiden anderen Pakte zu unterzeichnen, weil es nach Osten und Südosten hin nicht die Hände binden will. Das diplomatische Spiel, das es, offenbar mit Hilfe Polens, treibt, ist jetzt darauf gerichtet, Frankreich von seinen östlichen Verbündeten zu trennen, um dann gemeinsam mit Polen und Japan gegen die Sowjetunion, gleichzeitig aber auch gegen die Kleine Entente und den Balkan vorstoßen zu können. Es spekuliert darauf, daß einflussreiche Kreise in England, die sich um Lord Rothermere und Deterding gruppieren, die englische Regierung dahin zu beeinflussen suchen, sich auf die Luftkonvention zu beschränken und im übrigen dem aufgerüsteten Deutschland freie Hand im Osten zu geben. Ebenso spekuliert Japan darauf, daß dieselben konservativ-imperialistischen Kreise in England ihm aus Konkurrenz gegen die Vereinigten Staaten und aus Haß gegen die Sowjetunion ihre Unterstützung bei einem Vorstoß gegen Sowjetrußland nicht versagen würden. Noch im Dezember vorigen Jahres schrieb der Londoner »Economist«, es gäbe in England eine kleine, aber einflussreiche Minderheit, die offenbar darauf hinarbeitet, daß »England die Rolle einer Hyäne neben dem japanischen Löwen« spielen solle, eine Rolle, die ebenso schwachvoll wie unzulässig vom Standpunkte der britischen Interessen sei. Noch bedeutsamer ist aber, daß General Smuts, einer der Führer der Südafrikanischen Union, in einem vielbeachteten Artikel in der Londoner »Times« vom 12. November 1934 die englische Regierung davor warnte, Japan Konzessionen zu machen, da sonst die Dominions genötigt sein würden, Hilfe bei den Vereinigten Staaten zu suchen.

Die angeführten Tatsachen dürften wohl genügen, um die enge Verbundenheit zwischen den jetzt geführten Paktverhandlungen und den großen weltpolitischen Problemen aufzuzeigen. Die in Bildung begriffene deutsch-polnisch-japanische Interessengemeinschaft hat diese Verhandlungen aus dem engen Rahmen Europas herausgehoben und sie in Verbindung gebracht mit den gewaltigen Problemen, die an den Küsten des Stillen Ozeans der Lösung entgegenstehen. Hier wie dort liegt die Entscheidung bei England. Es könnte unter dem Einfluß kurzzeitiger eigennütziger Interessentenkreise geneigt sein, Hitler freie Hand in Osteuropa zu geben, um ihn von Westeuropa abzulenken, ebenso wie es geneigt sein könnte, einen stillschweigenden Akkord mit Japan zu schließen, um dessen Expansionskraft nach Ostasien abzulenken und seine indischen Besitzungen zu sichern. Diese Spekulationen wären aber das sicherste Mittel, um den Weltkrieg, den England vermeiden möchte, zu entfesseln. Sie wären das sicherste Mittel, um den Abfall der englischen Dominions vom Mutterlande herbeizuführen und die Weltmacht Großbritanniens zu zerstören.

Wenn etwas klar erkannt werden muß, so ist es die Tatsache, daß der Friede unteilbar ist und daß jede Konzession, die an Hitlerdeutschland in Europa oder an seinen japanischen Bundesgenossen in Asien aus opportunistischen Gründen gemacht wird, automatisch den Weltkrieg auslösen würde. Die braungebe Interessengemeinschaft, die jetzt über die polnische Brücke hinweg aufgebaut wird, ist keine Gemeinschaft der Friedenssicherung, sondern eine Gemeinschaft der kriegerischen Aggression. Sie durch gemeinsamen politischen Druck zu unterbinden, ist erste Voraussetzung jeder Politik, die den Frieden der Welt sichern will.

Die Saareemigranten in Südfrankreich

Und die Reichsemigranten in Straßburg

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:

Viele in den ersten Tagen nach der Saarabstimmung emigrierte Saarländer haben inzwischen über ihre Erlebnisse in Frankreich nach Hause berichtet. Soweit es sich um Briefe von geschulten organisierten Arbeitern handelt, sind sie mutig und voller Vertrauen auf die Möglichkeit, sich im fremden Lande eine neue Existenz zu schaffen. Man ist sich freilich auch darüber im Klaren, daß dies meistens ohne Berufswechsel nicht gehen wird, da die französische Industrie nur in seltenen Fällen Arbeitskräfte aufnehmen kann und nationalistische Kreise Frankreichs sich heftig dagegen sträuben, ausländischen Arbeitern Möglichkeiten zur Betätigung zu geben. Es scheint, daß viele Saareemigranten zur Landwirtschaft werden übergeben müssen, was natürlich nicht ohne eine gewisse schlecht bezahlte Lehrtätigkeit möglich sein wird. Die spätere Ansiedlung, ob nun in Südfrankreich oder in Kolonien, ist eine finanzielle Frage. Lord Marley und Lord Cecil haben im britischen Oberhaus auf die Pflicht des Völkerbundes hingewiesen, finanzielle Mittel für die Saareemigranten bereitzustellen. Diese Forderung wird von allen Arbeiterorganisationen und sozialistischen Parlamentsfraktionen der ganzen Welt kräftig unterstützt werden müssen. Die Saareemigranten haben ihre Heimat verlassen müssen, weil sie sich für ein Völkerbundsland an der Saar geschlagen haben, und es müßte den Kredit des Völkerbundes bei den Arbeitern in allen Ländern auf den Nullpunkt bringen, wenn er sich nun um das Schicksal der emigrierten Saarländer nicht kümmern würde. Man wird insbesondere von Sowjetrußland, das nun dem Völkerbunde angehört, erwarten müssen, daß es eine energische Initiative zu Gunsten der Saarflüchtlinge entfalten wird.

Die Saareemigranten sind auf zahlreiche Orte vom Mittelländischen Meer über Toulouse bis nach Lourdes in den Pyrenäen verstreut. Die Art ihrer Aufnahme hängt nicht zuletzt von dem politischen Charakter der Bevölkerung ab. In einigen Orten sind die Emigranten von den örtlichen sozialistischen Organisationen empfangen und gefeiert worden. Der Gemeinderat von Tarbes in den Pyrenäen hat beschlossen, den Saareemigranten dieselben Zuwendungen zu machen wie den eingewanderten Erwerbslosen, eine weitherzige Regelung, die allerdings bisher auf diese Stadt beschränkt geblieben ist. Die Gäste aus dem Saarland sind je nach den in den einzelnen

Orten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in Sammellagern, Baracken, Kasernen, Fabriksgebäuden usw. untergebracht. Die Verpflegung ist etwa nach der Art des französischen Militärs geregelt. In einigen Fällen werden die Mahlzeiten durch katholische Schwestern zubereitet und verteilt. Die südfranzösische Kost ist natürlich ungewohnt und hat bei manchen Emigranten vorübergehende Krankheitserscheinungen hervorgerufen. Es besteht vielfach der Wunsch, daß man den Emigranten erlauben möge, die Küche im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel selbst zu führen. Ein besonderes Pech haben die Saareemigranten insofern, als in Südfrankreich eine Kältewelle herrscht, wie seit vielen Jahren nicht mehr, und die Unterkunftsbedingungen für den Schutz gegen Eis und Schnee nicht recht eingerichtet sind. Unsere Freunde und noch mehr ihre Frauen und Kinder sehnen sich danach, daß die vielbesungene Sonne des Südens nun endlich durchbricht und den Frühling bringt, von dem sie in den ersten Tagen nach ihrer Ankunft bei milden Wetter einen Vorgeschmack hatten.

Erfreulich ist, mit welcher Strenge die politischen Kämpfer der Emigration über die wenigen dunklen Elemente urteilen, die sich in den ersten Tagen der Massenabwanderung aus dem Saargebiet unter die Flüchtlinge zu mischen verstanden haben. Man billigt durchaus, daß die französischen Behörden solche Leute, die im Saargebiet niemand im politischen Leben gesehen hat, aussondern und abschieben. Entsprechend ihrer gewohnten sozialistischen Schulung verlangen die Emigranten von jedem Leidensgenossen Disziplin, Ordnung, Anpassung an die neuen Verhältnisse, Respektierung des Gastlandes, Verständnis für die fremde Bevölkerung und ernstliches Bemühen, sich das schwere Los gegenseitig erträglich zu machen. Mit Stänkerern und Nörglern will man nichts zu tun haben. Die französischen Behörden sind gut beraten, wenn sie ihre Maßnahmen im Einvernehmen mit den Vertrauensleuten der organisierten Arbeiter treffen.

Da und dort ist es leider zu starken Gegensätzen zwischen »Kommunisten« und Sozialdemokraten gekommen. In Toulouse haben sich »Kommunisten« derart benommen, daß die Sozialdemokraten bei der Stadtverwaltung beantragt haben, nach Parteien getrennte Unterkünfte einzurichten. Sozialdemokraten, die bettelarm aus dem Saargebiet flüchten mußten und übrigens auch im Saar-

gebiete keine Partei- oder Gewerkschaftsstellung innehaben, werden als »Bonzen« beschimpft und schikaniert. Man mag zur Entschuldigung anführen, daß die politische Ueberzeugung dieser »Kommunisten« durchweg erst sehr jungen Datums ist, woraus sich wohl auch erklärt, daß manche Kommunisten sich in Südfrankreich bei den Behörden als Sozialdemokraten ausgeben, weil ihnen das vertrauenswürdig zu sein scheint.

Diejenigen Emigranten, die nicht Saarländer sind, sondern im Laufe der beiden letzten Jahre aus dem Reiche in das Saargebiet flüchteten, werden gesondert behandelt. Nur einigen davon ist es gelungen, sich Transporten nach Südfrankreich anzuschließen. Die allermeisten wurden in ein Sammellager nach Straßburg gebracht, wo sie sich nun seit einigen Wochen aufhalten, und zwar in voller Ungewißheit über ihre Zukunft. Da Straßburg Festung ist und Ausländern die Niederlassung in den französischen Ostdepartements grundsätzlich verweigert wird, leben die Reichsemigranten in ihrem Sammellager zu Straßburg unter wesentlich strengeren Bestimmungen als die Saareemigranten in Südfrankreich. Es hat auch Beschwerden über das Essen gegeben. Entsprechende Interventionen durch französische Sozialisten, aber auch durch englische Quäker, sind erfolgt. Einige jüngere Emigranten haben sich zur Fremdenlegation gemeldet, jedoch muß nachdrücklich festgestellt werden, daß irgendwelche Werbung für den Eintritt nicht erfolgt. Sehr entbehrt wird überall Lesestoff. Insbesondere sehnt man sich nach dem »Neuen Vorwärts« und der leider einstweilen durch die Niederlage im Saargebiet auf der Strecke gebliebenen »Deutschen Freiheit«. Wer den Saar- und Reichsemigranten mit Lesestoff helfen will, sende ihn sofort an die Flüchtlings-Beratungsstelle in Forbach (Moselle), Rue nationale 41. Diese Stelle, die von einigen reichsdeutschen Emigranten in enger Verbindung mit den zuständigen französischen Behörden geführt wird, leistet sehr wertvolle Arbeit.

Aus dem Saargebiet treffen nur noch vereinzelt Flüchtlinge an der französischen Grenze ein, denn es ist einstweilen eine gewisse Beruhigung eingetreten. Ob sie anhalten wird oder ob mit dem offiziellen Rückgliederungstage am 1. März und dem feierlichen Einzuge des »Führers« so um den 10. März die nächste Woge des Naziterrors aufbraust, ist ungewiß, und unsere Freunde sind auf schlimme Dinge gefaßt.

Mißwirtschaft in den Gemeinden

Piantasie-Etat ohne Kontrolle.

In Guben (40.000 Einwohner) haben die Nazis einen alten, versoffenen Seeoffizier a. D., Schmiedicke, zum Oberbürgermeister gemacht. Er ist Gauleiter ehrenhalber geworden mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform. Er hat vor einiger Zeit die Bevölkerung durch einen neuen Etat überrascht, der mit Mark 76.000.— Ueberschuß abschloß. Während der Etat nur in den Abschlussziffern in den Zeitungen veröffentlicht wurde, gelang es einem früheren Wirtschaftsparteiler, den Etat im einzelnen nachzuprüfen. Dabei stellte sich heraus, daß der Ueberschuß nur dadurch zustande gekommen war, daß einfach ein großer Ausgabeposten als Einnahme eingesetzt war. Der Wirtschaftsparteiler ging zum Oberbürgermeister und machte ihn darauf aufmerksam. Der warf ihn kurzerhand hinaus mit den Worten: »Lassen Sie sich nicht einfallen, weiter über die Sache zu reden. Ich stelle den Etat auf, und niemand hat mir etwas hineinzureden. Wenn Sie hier miesmachen wollen, wissen Sie, was Ihnen passieren kann.«

In Teltow (8000 Einwohner) wurde der sozialdemokratische Bürgermeister Steffen von dem Pg. Billig abgelöst. In kurzer Zeit entstanden 84.000 RM Unterbilanz im Etat, während bis zur Ablösung Steffens alles in Ordnung war. Bürgerliche Stadtverordnete, die von Billig Auskunft haben wollten, erhielten die Antwort: »Für die Finanzen bin ich verantwortlich, und ich würde das Dienstgeheimnis verletzen, wenn ich über das Defizit nähere Auskunft geben würde.« Die Antwort der Bürgerschaft

besteht in schweren Schimpfereien gegen die NSDAP.

Die städtische Notstandsküche wurde bisher von Spenden des größten Teiltower Spinnereibetriebes finanziert. Die Zahlung wurde eingestellt mit der Begründung: »Solange diese Schweinewirtschaft weiter besteht, werden wir kein Geld mehr in diesen Topf ohne Boden hinein.« Darauf hat Billig die städtische Küche schließen lassen.

In Duisburg-Hamborn ist der Oberbürgermeister Dr. Kelter angeblich auf seinen Wunsch in den Ruhestand versetzt worden, um sich wieder seiner wissenschaftlichen Tätigkeit widmen zu können. In Wahrheit ist er abgesetzt worden, weil im Rechnungsjahr 1933/34 ein Defizit von 29 Millionen entstanden ist. Sein Vorgänger Jarres hatte für 1932/33 nur ein Defizit von 13 Millionen.

In Pirmasens (43.000 Einwohner) beschloß der Stadtrat, allen städtischen Hausbesitz zu veräußern. Ueber die städtische Finanzlage wurde berichtet, daß sie sehr gespannt sei und gemäß dem Willen der Regierung zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Betriebs- und Verwaltungsführung nur gesetzliche und vertragmäßige Leistungen erfüllt werden könnten. Der Schuldenstand war am 1. Oktober 1933 RM 7.018.152.— und am 1. Oktober 1934 RM 7.453.473.—.

Wie man Oberbürgermeister wird

In Prenzlau wurde der deutschnationale Landrat von Lettow-Vorbeck durch den Nazi Dr. Conti ersetzt. Während der frühere Landrat Verwaltungsbeamter war, ist Dr. Conti Parteisoldat der NSDAP und verdankt seine Stellung einem Verwandten, der

Ministerialrat ist. Der erste Bürgermeister Dr. Meyer aus Prenzlau fand aber noch rechtzeitig den Anschluß bei der Hitlergarde und wurde SS-Mann. Er »diente« so dem Vaterland. Der SS-Sturmbannführer Heidrich war allerdings nicht gut auf den Systembürgermeister zu sprechen. Das wußte auch der Landrat, der an der Stelle von Dr. Meyer zu gern seinen Schwager gesehen hätte. Deshalb zog er Heidrich, der für alle Korruptionserrechnungen Verständnis aufbrachte, ins Vertrauen und beide beschlossen, den ersten Bürgermeister von seinem Posten zu verdrängen. Große Saufgelage sorgten für den nötigen Mut, um bei den höheren Partei- und Staatsstellen ein offenes Ohr für den Plan zu finden. Plötzlich wurde erster Bürgermeister Dr. Meyer seines Postens im dienstlichen Interesse entbunden. Nun schien der Weg für den Verwandten des Nazilandrats frei. Doch Dr. Meyer ging seinen Widersachern energisch zu Leibe und drohte mit der Veröffentlichung von Skandalaffären, die selbst dem Kriegsdrückeberger und jetzigen Oberpräsidenten Kube sehr unangelegentlich waren. Man wußte schließlich keinen anderen Ausweg, als dem Dr. Meyer als Schweigegeld einen noch besseren Posten zu geben. Jetzt ist er Oberbürgermeister in Mühlhausen (Thüringen) mit einem bedeutend höherem Gehalt als er in Prenzlau erhielt. Der SS-Führer Heidrich und der Landrat Dr. Conti aber sind glücklich, daß der ihnen und noch vielen anderen Bonzen gefährliche Dr. Meyer aus Prenzlau verschwunden ist und noch dazu geschwiegen hat. Die Prenzlauer Bevölkerung aber ist seit diesem Zwischenspiel sehr hellhörig geworden und die Arbeiterschaft wird ein wachsendes Auge haben.

Ebert zum Gedächtnis

Zu seinem 10. Todestag.

Am 28. Februar 1925 starb der erste Reichspräsident der Deutschen Republik, Friedrich Ebert. Dieser deutsche Arbeiter und Sozialdemokrat war sechs Jahre zuvor an die Spitze des Staates getreten, nachdem die Diktatur Ludendorffs im Kriege zerbrochen war. Gemeinsam mit seinen Parteigenossen und den sehend gewordenen Politikern des Bürgertums stellte er sich die Aufgabe, dem deutschen Volke die innere Freiheit zu geben und ihm den gebührenden Platz unter den Völkern der Welt wieder zu verschaffen. Diese Aufgabe schien zunächst unlösbar. Versailles und Londoner Finanzultimatum, Poleninbruch und Ruhrinmarsch, Spartakusaufstand und Separatistentreiben, Kapp- und Hitlerputsch, alle Gewalten der Hölle schienen sich gegen diejenigen verschworen zu haben, die mit Vernunft, Menschlichkeit und unermüdlicher Geduld den rettenden Ausweg suchten. Erst nach fünf furchtbaren Nachkriegsjahren kamen die Stabilität, der Dawesplan, die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens. Als Ebert starb, schien die Hoffnung berechtigt, daß der Weg einer friedlichen Entwicklung über die Demokratie zum Sozialismus geöffnet sei.

Als dann die Weltwirtschaftskrise kam, zeigte sich, daß die deutsche Verfassung noch nicht gefestigt, das Volk noch nicht reif genug war, diese Erschütterung ertragen zu können. Ein Zusammenbruch der Ordnung, des Rechts, der menschlichen Gesittung ohne gleichen setzte ein. Mit ihm schwand auch jede Objektivität des Urteils. Man machte für den Zusammenbruch nicht nur die Zerstörer verantwortlich, sondern beinahe mehr noch die Bauherren, die nicht fest genug gebaut hätten. Dieser Vorwurf ist, soweit er Ebert treffen soll, ungerecht. Eine kommende Zeit, die wieder fähig sein wird, geschichtlich gerecht zu urteilen, wird die großen Verdienste zu würdigen wissen, die sich der erste Reichspräsident der deutschen Republik um das deutsche Volk erworben hat. Diese Verdienste sind nicht ausgelöst, weil sie der Schutz des Zusammenbruchs überdeckt. Jede Zukunft wird wieder irgendwie an sie anknüpfen müssen, wenn es noch einmal ein freies Deutschland der Demokratie und des Sozialismus geben soll!

Für 25 Pfennige im Tag

Wie es im militarisierten Arbeitsdienst aussieht.

Ein Arbeitsdienstler des Lagers Aue i. E. schreibt seinem Onkel in Komotau u. a.:

In den Arbeitsdienst bin ich eingetreten, wegen des Arbeitspasses. Denn in unseren Zeitungen wird geschrieben, daß nur noch derjenige Arbeit bekommt, der im Besitze des Arbeitspasses ist. Und wir jungen Leute sind daher gezwungen, zum Arbeitsdienst zu gehen, ob wir wollen oder nicht, da wir sonst keinen Paß bekommen.

Die Arbeit im Arbeitsdienst habe ich mir allerdings anders vorgestellt. Ich hatte nicht geglaubt, in eine Rekrutenschule schlimmster Art mich eingliedern zu müssen.

Was wir hier tun müssen, ist Dienst und nochmals Dienst. Von Freiheit ist gar keine Rede. Alles geht nur auf Kommando und ich glaube, so toll kann es nicht einmal beim früheren Militär gewesen sein. Früh dreiviertel 5 Uhr wird Wecken geblasen. Da müssen wir hoch und nüchtern geht es herunter zum Morgensport. Dann wird Kaffee getrunken und ausgerückt. Von früh 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr müssen wir schwer und anstrengend mit Hacke und Schaufel Dienst tun. Der geringste Widerspruch wird mit Strafe geahndet. Wird ein Befehl nicht ausgeführt, gibt es eine dreiwöchentliche Urlaubssperre.

Um einhalb 3 Uhr ist Mittagessen und bis um 4 Uhr haben wir Ruhepause. Dann haben wir bis einhalb 6 Uhr Exerzieren und Wehrsport und bis einhalb 7 Uhr Unterricht über Erdkunde, Geländeübungen, Rassefragen, Geschichte, Schießübungen, Flugzeugabwehr usw. Dann fassen wir Abendbrot. Nun haben wir zwar bis einhalb 10 Uhr Freizeit, doch dürfen wir während dieser Zeit nicht weiter als bis an den Gartenzaun. Außerhalb des Lagers zu gehen, ist ja auch gar nicht möglich, da die Wache niemand ohne Passagierschein hinaus lassen darf.

Oftmals ist in dieser Zeit auch Singstunde, Kartoffelschalen usw., so daß also auch die karge Freizeit sogar noch organisiert ist.

Um dreiviertel 10 Uhr wird der Zapfenstreich geblasen und da müssen wir zu Bett. So verläuft ein Tag wie der andere, nichts kann man aus freiem Willen tun, alles wird kommandiert. Und das Verrückteste ist noch,

Holländische Hitleropfer

Anklage wegen Beleidigung des „Führers“

Es mutet seltsam an, wenn der holländische Staat, noch dazu aus eigener Initiative, seine Staatsbürger wegen Hitlerbeleidigung vor Gericht zitiert. Ein deutscher Sozialdemokrat erinnert sich des Königsberger Hochverratsprozesses von 1904, bei dem deutsche Sozialdemokraten vor einem deutschen Gericht sich verantworten mußten wegen Hochverrats — begangen gegen den russischen Zaren! Immerhin läßt die Tatsache solcher Prozesse stets gewisse außenpolitische Schlüsse zu.

Unter diesem Gesichtspunkt verdient eine Gerichtsverhandlung Interesse, die am 11. Februar vor der „Rechtsbank“ (unterste holländische Gerichtsstanz) von Maastricht gegen den Sekretär des Bergarbeiterverbandes de Ruiter aus Kerkrade stattfand. Kerkrade ist ein holländischer Bergarbeiterort dicht an der deutschen Grenze. Vor einiger Zeit hatte die holländische Polizei — auf westen Denunziation wohl? — eine Hausdurchsuchung nach Waffen bei dem Angeklagten abgehalten. Zwar wurde nichts von Waffen gefunden. Dafür interessierte man sich um so mehr für das bei de Ruiter lagernde Schriftenmaterial und beschlagnahmte einige Päckchen der Schriften „in dem bekannten kleinen Druck“.

Man sollte meinen, den holländischen Behörden würde das Vorhandensein deutscher Propagandaschriften bei einem holländischen Staatsbürger gleichgültig sein. Das war jedoch ganz und gar nicht der Fall. Vielmehr setzte eine genaue Untersuchung der Schriften ein. Da in einigen Nummern der SA, die die Hauptmasse des beschlagnahmten Materials bildete, Wendungen über Hitler wie „Mörder seiner Kameraden“ gefunden wurden (mit Bezug auf den 30. Juni), so wurde Anklage wegen Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes erhoben.

In der Verhandlung stand die Frage im Vordergrund, ob durch den Angeklagten eine Verbreitung der Schriften im gesetzestechnischen Sinne stattgefunden hätte. Der öffent-

liche Ankläger behauptete dies, weil die eigentlichen Verbreiter die Schriften von dem Angeklagten in Empfang genommen hätten. Er beantragte gegen de Ruiter eine Strafe von einem Monat Gefängnis. Das Urteil des Gerichts wird — holländischer Übung entsprechend — erst einige Wochen nach der Verhandlung verkündet.

Man darf auf das Ergebnis um so mehr gespannt sein, als zur selben Zeit die Urteilsbegründung des deutschen Urteils gegen den holländischen Gewerkschaftssekretär Spanzier bekannt wird, der bekanntlich im vorigen Jahre in Deutschland zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er — als Holländer auf holländischem Gebiet — Exemplare der Zeitschrift „Freie Presse“ verbreitet hatte. Das Urteil des „Volksgericht“ ist eine Monstresammlung juristischer und tatsächlicher Willkürlichkeiten. Ohne jede tatsächliche Unterlage behauptet das Urteil, die in Holland verbreiteten Exemplare hätten ihr Ziel erst erreicht, wenn sie nach Deutschland eingeschmuggelt worden wären. Dabei hatte die „Freie Presse“ tausende von festen Abonnenten und Kioskkäufern in Holland! Ihr Format — das großer englischer Blätter — machte sie zum Schmuggeln besonders ungeeignet. Aber das Gericht brauchte diese Unterstellung, um behaupten zu können, die Tat sei auf deutschem Boden begangen!

Trotzdem erfolgte die Verurteilung materiell wegen „Landesverrates“, weil die Freie Presse vor ausländischen Regierungen geheimzuhaltende Nachrichten über Deutschland enthalten habe. Man stelle sich die Logik vor: Jemand verrät deutsche Geheimnisse an eine ausländische Regierung, indem er die sie enthaltenden Zeitungsexemplare — vom Ausland nach Deutschland hineinschmuggelt! Höher geht's nimmer.

Das Interessante ist, daß auf eine derart willkürliche Verurteilung eines Niederländers in Deutschland die Antwort der Prozeß gegen Gen. de Ruiter ist!

„Diebesbeute“

Am 24. Januar 1935 fanden die erstaunten Leser in der Nummer 20 des „Freitaler Tageblattes“, dem Erzeugnis einer Provinzzeitungsplantage in Freital bei Dresden, die folgende Notiz:

Für das Winterhilfswerk sind aus Dresden weiter folgende Spenden eingegangen: Kunststift May 1500 RM.; Deutsche Angestelltenhilfe, Abrechnungstelle Dresden, 2500 RM.; Reichsnährbund, Landesbauernschaft Freistaat Sachsen 20.000 RM.; Baldschloßchen Soc. Stauerei 2000 RM.; Genossenschaft Dresdner Börje 1000 RM.; Karl Winkler, G. m. b. H., 1000 RM.; Dresdner Räderz. u. G. 2000 RM.

Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib der Diebesbeute erbittet das Kriminalamt nach Zimmer 88.

An die Unterschlagung von Geldern der Winterhilfe hat man sich im Dritten Reiche schon so ziemlich gewöhnt. So oft geschehen sie. Daß aber das Kriminalamt soeben erst gesammelte Gelder von vornherein schon als Diebesbeute bezeichnet und sachdienliche Mitteilungen über deren Verbleib erbittet, das erschien den Lesern doch als ein Anfall von Offenherzigkeit, an den sie kaum zu glauben vermochten. Bei näherem Zusehen fanden sie denn auch, daß dieser Wortlaut der Notiz nur durch ein Versehen beim „Umbruch“ durch verkehrtes Aneinanderfügen der Zeilen verschiedener Notizen zustande gekommen war.

»Trampelt sie nieder!«

„Wenn Deutschland uns sendet die Nazis, Trampelt sie nieder!“

Wir werden mit Schlägen und Fausthieben arbeiten,

Trampelt sie nieder!

Und um ihnen den schönsten Dienst zu erweisen,

Trampelt sie nieder!

Gehen wir auf den Brenner mit heiligem Knüttel!“

So tönte — laut Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ — der Sprechchor der italienischen Jungfaschisten in Bozen zu Ehren des italienischen Kronprinzenpaares.

Die Folgen

Der Berliner Bischof Dr. Bares wendet sich in einem Aufruf gegen den „unheimlich steigenden Alkoholverbrauch“ in Berlin, der „immer mehr Straftaten und Unfälle“ zur Folge habe.

Siemens warnt vor Schacht

Dem Siemens-Konzern, der seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1933/34 vorlegt, ist das Dritte Reich nicht schlecht bekommen. Allerdings ist es dem Unternehmen bei allen äußeren Zeichen des Wohlbefindens nicht ganz wohl zu Mute. Die Siemens & Halske A.G., die vorwiegend das Schwachstromgebiet bearbeitet, kann, wie im Vorjahr, so auch diesmal, wieder eine Dividende von 7 Prozent ausschütten, mehr den Aktionären zuzuwenden, ist ihr von der Gesetzgebung des Dritten Reiches verboten. Der wirkliche Ueberschuß hätte aber die Ausschüttung einer viel größeren Dividende gestattet. Die Siemens-Schuckert-Werke weisen seit einigen Jahren bilanzmäßiger Verluste zum ersten Mal einen Reingewinn aus. Es ist aber der Leitung dieses Weltkonzerns sehr wohl bewußt, daß diese Blüte nur eine Scheinblüte ist. Denn Siemens, der über eine Art Weltmonopol verfügt, kann auf die Dauer nicht gedeihen, wenn er von den mit Pump finanzierten Bestellungen des Dritten Reiches abhängig ist, umso mehr als auch dieser Konzern gezwungen ist, einen beträchtlichen Teil seines Ueberschusses in Hitlers Pumpwirtschaft anzulegen. Der Bestand von Wertpapieren hat sich im letzten Geschäftsjahr bei Siemens & Halske um 30 Millionen erhöht. Kein Zweifel, daß es sich dabei überwiegend um die faulen Anleihen des Dritten Reiches handelt. Der Wertpapierbestand kommt mit mehr als 80 Millionen einem Betrage gleich, der vier Fünftel des Aktienkapitals ausmacht.

Herr von Siemens weiß, daß diese Pumpwirtschaft nicht endlos fortgesetzt werden kann, sondern früher oder später gestoppt werden muß. Er ist also dringend daran interessiert, dafür vorzusorgen, daß der Abbau der Staatsaufträge dann durch Erhöhung des Exports ausgeglichen werden kann. Damit sieht es aber trübe aus. Es wird im Geschäftsbericht ausgeführt, daß die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen auf das Inland beschränkt geblieben ist. Der Auslandsumsatz ist bei Siemens & Halske zurückgegangen, bei Siemens-Schuckert war der Anteil der Ausfuhr am Gesamtumsatz von 42 auf 30 Prozent gesunken. Das Ventil des Exports ist aber durch Schachts Waren- und Devisensperre verstopft. Die »Rheinisch-Westfälische Zeitung« spricht in ihrer Betrachtung über den Siemensabschluß von »nahezu unüberwindlich werdenden Schwierigkeiten des Ausfuhrgeschäftes«. Die Gefahr ist so groß, daß Herr von Siemens sich entschließen mußte, Geschäftsbericht und Generalversammlung zu einer an Schachts Adresse gerichteten Warnung zu benutzen. In der Generalversammlung sagte er, daß »zu dem bekannten Kampf nach außen noch der Kampf nach innen, nämlich gegen die umfassenden Devisen- und sonstigen Bestimmungen hinzugekommen« sei. Im Geschäftsbericht warnt er davor, »die deutsche Ausfuhr unnatürlich dadurch zu erhöhen, daß zu niedrige, der Weltmarktlage nicht entsprechende Preise verlangt würden. Die anderen Länder würden bald wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen«. Herr von Siemens scheint zu wissen, daß Schacht plant, den Export nicht durch Lockerung seiner Zwangswirtschaft, sondern durch Verschärfung der Grenzsperrung und Abbau der Löhne zu forcieren. Er hat ja auch angekündigt, daß das deutsche Volk sich damit abfinden müsse, noch zehn Jahre lang Entbehrungen zu erdulden. Es hat also nur zu sehr den Anschein, daß die Warnungen des Herrn von Siemens ungehört verhallen, und daß weiter nach den kriegswirtschaftlichen Rezepten Schachts regiert wird.

Eine nichtgehaltene Vorlesung

Aber eine gute Lektion.

Der schwedische Krebsforscher Professor Soederblom sollte in Heidelberg vor einem auserwählten Publikum einen Vortrag halten. Er stellte aber die Bedingung, daß auch Nichtarier mit eingeladen werden müßten. Das wurde ihm zugesagt. Als jedoch jüdische Aerzte erschienen, wurden sie nicht in den Saal gelassen. Das erfuhr Soederblom. Er kam und hielt einen Vortrag von zwei Minuten. Sein Inhalt war ungefähr: man habe seinen Wunsch auf Zulassung von Nichtariern gebilligt, aber nicht erfüllt, nach seiner Meinung hätten auch Nichtarier gute Arbeit auf dem Gebiet der Krebsforschung geleistet, weshalb er es ablehnen müsse, nur vor Ariern zu sprechen.

Eine Demonstration

„In letzter Zeit sind in Bayern 1056 Uebertritte zur katholischen Kirche erfolgt, davon 959 vom Protestantismus.“

Reichsbote, Berlin.

Schwindsucht des Außenhandels

„Noch zehn Jahre Notzeit“, sagt Schacht

Die Krise des deutschen Außenhandels verschärft sich. Das Januarergebnis wirkt geradezu sensationell. In diesem einen Monat beläuft sich das Defizit der Handelsbilanz auf 105 Millionen Rm. Und was das Fatale ist, die Steigerung der Passivität ist nicht eine Folge der Einfuhrsteigerung, sondern im wesentlichen des Ausfuhrückganges.

Der deutsche Export ist mit 299 Millionen Rm. zum erstenmal seit 1924 unter die 300-Millionengrenze gefallen, und ist 15% geringer als die bereits sehr niedrige Dezemberausfuhr! Ein Rekordtiefstand ist dank dem »Neuen Plan« von Schacht erreicht! Man vergleiche: Der Monatsdurchschnitt der deutschen Ausfuhr betrug 1924, im ersten Jahre der Stabilisierung, 544 Millionen Rm.; er stieg unter dem »fluchwürdigen System« ununterbrochen, erreichte 1929 den Höhepunkt mit 1124 Millionen Rm. und betrug 1931 noch 800 Millionen. Die nationalsozialistische Herrschaft brachte ihn 1933 mit 406 Millionen Rm. schon auf die Hälfte herunter und verminderte ihn 1934 noch weiter auf 347 Millionen Rm.!

Schon der Dezember hatte ein Defizit von 45 Millionen ergeben; das war aber damals die Folge der Einfuhrsteigerung; diese hatte sich gegenüber dem November um 53 Millionen auf 399 Millionen oder um 15,5% erhöht; die Ausfuhr war nur wenig, um 2 Millionen oder 1/2% zurückgegangen. Das Wirtschaftsministerium suchte zu beruhigen, indem es für die Steigerung der Einfuhr die berühmten »Saisoneinflüsse« geltend machte, die jetzt immer herhalten müssen, wenn man die wirklichen Ursachen verhüllen und verfälschen will. Er hatte sich sogar selbstbewußt das stolze Zeugnis ausgestellt, die »Bemühungen, ein weiteres Absinken der Ausfuhr zu vermeiden und sie darüber hinaus zu steigern, haben sich aber im ganzen günstig ausgewirkt«. Im Januar ist aber die Ausfuhr von 299 Millionen um 55 Millionen geringer als die Dezemberausfuhr und, was das Bedrohlichste ist,

dieser Rückgang betrifft mit 51 Millionen fast ausschließlich die Ausfuhr von Fertigwaren.

Diese bleibt um 25 Millionen oder rund 10% hinter dem Januar 1934 und um 37 Millionen oder 14% hinter dem Monatsdurchschnitt von 1934 zurück. Begreiflich, daß diesmal die Berufung des Wirtschaftsministeriums auf die Saisoneinflüsse selbst in der gleichgeschalteten Presse unwirschen Widerspruch findet. Deutlich protestiert sie dagegen, diese immer bedrohlicher werdende Entwicklung zu leicht zu nehmen und fordert eine ernstere Prüfung. Da wir aber eine ernsthafte Prüfung und gar auf eine Veröffentlichung ihrer Resultate durch die Abenteurerbande, die die deutsche Wirtschaft in Grund und Boden »dirigiert«, nicht rechnen können, müssen wir uns schon selbst bemühen.

Die Handelsbilanz des Jahres 1934, des Jahres der unumschränkten Durchsetzung der Wirtschaftspolitik der Hitler, Schacht und Darré, schließt mit einem Defizit von 284 Millionen gegenüber einem Aktivum von 667 im Jahre 1933. Es ist also

eine Verschlechterung um 951 Millionen

eingetreten. Dieses Resultat ist die Folge zum kleinen Teil der Einfuhrsteigerung um 247 Millionen, zum zweiten größten Teil aber des Ausfuhrückganges um 704 Millionen. Die Gesamtausfuhr betrug nur mehr 4167 Millionen Mark gegen 13.488 Millionen im Jahre 1929; sie betrug 1931 noch

Alliance Française

101, Bvd. Raspail, Paris (VIe)

Die praktische Schule für die französische Sprache

Direktor: Robert Dupouey

Frühlings-Kurse für die vollständige Erlernung der französischen Sprache: Eröffnung am 1. März.

Jede Woche:

16 Stunden mindestens praktischer Unterricht (Übungen in der Übersetzung aus dem Deutschen ins Französische)

17 Vorträge

1 Führung durch Paris

Der Kursbeitrag beträgt monatlich 195 Francs, für 4 Monate (März bis Juni) 500 Francs.

Karten nur für die Vorträge: Preis 80 Francs für einen Monat.

9600 Millionen und sank 1933 auf 4970 Millionen Reichsmark. Diese Schrumpfung des deutschen Außenhandels auf weniger als ein Drittel seines Höchststandes, dieser

Ausfall von rund 9 Milliarden gegenüber 1929

bedeutet natürlich dauernde Arbeitslosigkeit eines großen Teils der Arbeiter der Exportindustrien, die vorübergehend durch »Ankurbelungsmaßnahmen« gemildert werden kann, die aber immer wiederkehren muß, sobald sich diese künstlichen Maßnahmen notwendigerweise erschöpfen.

Der Gesamtumfang des deutschen Außenhandels (Einfuhr und Ausfuhr zusammen) ist von 27 Milliarden im Jahre 1929 und 16,3 Milliarden im Jahre 1931 auf 8,6 Milliarden im Jahre 1934 zurückgegangen. Die Entwicklung im Jahre 1934 steht obendrein im Widerspruch zu denen der wichtigsten Industrieländer.

In England ist der Außenhandel gestiegen:

die Ausfuhr hat um 30,4 Millionen Pfund, die Einfuhr (besonders an industriellen Rohstoffen infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Erholung) um 57 Millionen Pfund. Will man das auf die Pfundabwertung zurückführen, so muß dem entgegengehalten werden, daß der Entwertung der Goldlöhne in England die Senkung der deutschen Arbeitslöhne seit 1929 mindestens gleich kommt. Im Januar verzeichnet England eine weitere Steigerung seines Ausfuhrhandels. Aber auch Frankreich, das seine Währung stabil gehalten hat, hat zwar wertmäßig eine geringe Minderung seiner Ausfuhr von 18,4 auf 17,8 Milliarden Francs, also um zirka 100 Millionen Rm. aufzuweisen, aber

mengenmäßig ist die französische Ausfuhr sogar um 12,5 Prozent, davon die Fertigwarenausfuhr um 13 Prozent gestiegen.

Es ist also nicht die Wirkung der Wirtschaftskrise, sondern die Politik des Schacht, die an der fortschreitenden Vernichtung des deutschen Exports die Schuld trägt.

Von Anfang an haben wir darauf hingewiesen, daß Schacht mit seiner ganzen Devisen- und Handelsregierung nur die eine fixe Idee verfolgt, die Gläubiger Deutschlands um Kapital und Zins zu betrügen. Die Einführung des »Neuen Planes« sollte angeblich die Einfuhr so zurückdämmen, daß Ein- und Ausfuhr sich die Waage halten, die Einfuhr mit dem Erlös der Ausfuhr bezahlt werde. Schacht hat aber in Wirklichkeit ganz anders operiert. Er hat die Einfuhr zunächst gar nicht entsprechend dem Ausfuhrückgang gedrosselt. Er hat das Defizit im Jahre 1934 mit den letzten Resten des Goldbestandes der Reichsbank beglichen und dazu noch

Zwangsanzleihen bei den ausländischen Warenlieferanten gemacht,

indem er einfach die Devisen zur Bezahlung der Warenschulden nicht zur Verfügung gestellt hat. Der Betrag dieser Zwangsanzleihe ist auf mindestens 1/2 Milliarde Rm. zu schätzen.

Die Möglichkeiten dazu gaben die Verrechnungsabkommen. Ihr Wesen besteht darin, daß der deutsche Käufer den Betrag für die ausländischen Waren in Reichsmark bei der Reichsbank einzahlte, der ausländische Bezieher deutscher Waren die Rechnung bei der Notenbank seines Landes in der ausländischen Währung begleicht. Haben nun England, Frankreich, Schweiz, Holland wie bisher stets mehr Waren aus Deutschland bezogen also dorthin eingeführt, war also ihre Handelsbilanz gegen Deutschland passiv, so haben ihre Notenbanken, nachdem die beiderseitigen Warenforderungen abgerechnet sind, einen Uberschuß an Devisen über die Reichsmarkforderungen. Einen Teil des Uberschusses behält die ausländische Bank zurück, um daraus die Zinsen an die deutschen Gläubiger zu bezahlen, den Rest erhält die Reichsbank. (Um es an einem vereinfachten Beispiel klar zu machen: Ein Franzose kauft für 6600 Frs. gleich 1100 Rm. ein deutsches Mikroskop; er zahlt die 6600 Frs. an die Bank von Frankreich; ein Deutscher kauft für 1000 Rm. französische Weine. Die Waren sind bezahlt; die 100 übrig bleibenden Francs

verwendet die Bank von Frankreich dazu, um Zinsen im Betrage von 80 Frs. an einen französischen Besitzer von Younganleihe auszuzahlen, die ihm das deutsche Volk schuldet; die restlichen 20 Frs. gehen an die Reichsbank.)

Schacht will aber keine Zinsen zahlen,

will also, daß die ausländischen Gläubigerländer keine Devisenüberschüsse behalten. Und wozu hat er die faktische Kontrolle über den ganzen Außenhandel? Er braucht sie nur dazu zu benutzen, um die Einfuhr aus den Gläubigerländern zu vermehren, und ihr Devisenüberschuß verschwindet. Er schlägt dabei zwei Fliegen mit einer Klappe. Einmal hält er die Einfuhr aufrecht, ja steigert sie noch — auf dem bisher wenigstens so bequemen Weg des Verrechnungsabkommens, und zweitens prellt er trotz aller entgegenstehenden Verträge die Gläubiger. Das hat er 1934 nun trefflich besorgt. Bei einer Gesamtzunahme der Einfuhr auf 4451 Millionen Rm. gegen 4204 Millionen Rm. im Vorjahr hat sich der Anteil der Bezüge aus Europa, das sind zumeist die Länder, denen gegenüber der deutsche Außenhandel bisher aktiv war, beständig vergrößert, von 1933 auf 1934 nur rund 12 Prozent, während die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, denen gegenüber Schacht jede Zinszahlung bis auf die Stillhaltegelder eingestellt hat, und aus Kanada erheblich zurückging. Umgekehrt entfällt der Rückgang der Ausfuhr hauptsächlich auf Europa. Der Europa-Absatz Deutschlands hat im Jahre 1934 gegenüber dem Vorjahr von 3801 Millionen auf 3134 Millionen abgenommen, um 16 Prozent, der außereuropäische ist nur um 8 Prozent gesunken.

Wollen die Gläubigerländer sich gegen diese Entwicklung wehren, so bleiben ihnen zwei Wege: einmal könnten sie die Einfuhr aus Deutschland steigern, das ginge aber zum Teil nur auf Kosten ihrer eigenen Industrien; dann aber ist die deutsche Ware infolge der deutschen Wirtschaftspolitik teuer (infolge der Verteuerung der Rohmaterialien) und schlecht geworden (infolge der Ersatzwirtschaft). Ist aber dieser Weg ungangbar, so bleibt nur der andere, die Beschränkung ihrer Ausfuhr. Das geht wieder auf Kosten ihrer Exportindustrien. Und auf diesen Gegensatz zwischen Industrie- und Gläubigerinteressen spekuliert der Schacht. Er hofft, daß die Industrieinteressen überwiegen, daß er er seine Ausfuhr behaupten wird können, während die ausländischen Gläubiger leer ausgehen.

Diese bisher nicht ganz erfolgreiche Spekulation hat nun durch das Januarergebnis mit seinem überaus starken und unerwarteten Ausfuhrückgang einen Stoß erhalten. Was nützt selbst das restlose Gelingen des Betrugs an den Gläubigern, wenn die Ausfuhr immer mehr zurückgeht und infolgedessen doch die Einfuhr weiter gedrosselt werden muß, damit aber auch die Einfuhr des Rohmaterials, das zur Erhaltung der Ausfuhr unbedingt notwendig ist.

Gold zur Bezahlung ist nicht mehr da,

und Zwangsanzleihen durch Nichtbezahlung der Warenkäufe lassen sich die Ausländer auch nicht mehr gefallen. Schon haben England, Frankreich, Schweden und die Schweiz ihre Exporte gedrosselt, und man versteht, daß der Schacht melancholisch wird. In Breslau sprach er kürzlich vor den Vertretern der »Wirtschaft« über den Weg durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und verkündete:

»Wir müssen erkennen, daß wir in einer Notzeit leben, und daß wir für ein Jahrzehnt auf Annehmlichkeiten des Lebens, wie wir sie vor dem Kriege hatten, zu verzichten haben.«

Aber ist nicht die Melancholie des Schacht nur der schwache Widerschein der Verzweiflung, die die Massen allmählich über diese Art Wirtschaftspolitik ergreifen muß?

Dr. Richard Kern.

Die schwarze Gefahr

In eine Berliner Puppen-Klinik kam, wie französische Blätter melden, dieser Tage ein Mädchen mit einer entzwei gebrochenen schwarzen Puppe, um sie reparieren zu lassen. Die Klinik lehnte die Reparatur der Negerpuppe aus »rassepolitischen Erwägungen« ab.

Tariflöhne 1934

Die Produktionsstatistiken des Deutschen Reiches bemühen sich um den Nachweis, daß eine beträchtliche Steigerung der Produktion auf allen Gebieten eingetreten sei. Teilweise soll im Jahre 1934 die Ausnutzung der Produktionskapazität in einzelnen Industrien bis zu 90 Prozent und darüber erreicht worden sein.

Nehmen wir an, die deutschen Produktionsstatistiken seien richtig, die erheblich gestiegene Ausnutzung der Produktionskapazität in dem behaupteten Ausmaße sei Tatsache. Da jede Erhöhung der Produktionskapazität die Produktionskosten senkt, hat der deutsche Unternehmer im Verlaufe des Jahres 1934 erheblich billiger produzieren können.

Wem ist nun dieser Vorteil zugute gekommen? Daß die Preise nicht gesunken sind, dafür ist der Reichs-Preisüberwachungskommissar Dr. Goerdeler ein lebender Zeuge. Haben die »Volksgenossen« Unternehmer nach der Parole »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« die Löhne erhöht?

Eben ist die amtliche Uebersicht über die Entwicklung der Tariflöhne im Jahre 1934 erschienen. Die Tariflöhne dürfen nicht als Maßstab für die tatsächlich gezahlten Löhne genommen werden. Die sind infolge der ausgedehnten Kurzarbeit und der zahlreichen Abgaben viel niedriger, nur in seltenen Ausnahmefällen einmal um ein geringes höher. Sehen wir uns aber trotzdem die Entwicklung der Tariflöhne nach der amtlichen Statistik an.

Der tarifliche Stundenlohn von 17 Gewerbegruppen (darunter Bergbau, metallverarbeitende Industrie, Baugewerbe, Holz-, Textil-, Bekleidungsindustrie, Reichsbahn und Post) betrug für männliche Facharbeiter zu Jahresanfang 78,3, zu Jahresende 78,4 Pfg., für Angelernte 68,1 und 68,3 Pfg., für Hilfsarbeiter 62,1 und 62,2 Pfg. Die Löhne der weiblichen Facharbeiter und Angelernten blieben mit 51,6 stabil, die der Hilfsarbeiterinnen stiegen von 43,3 auf 43,4 Pfg. Selbst die geringfügige Änderung von ein Zehntel und ein Fünftel Pfennig beschränkt sich nach der amtlichen Statistik auf die metallverarbeitende Industrie, das Holzgewerbe, das Baugewerbe in Städten unter 50.000 Einwohner und auf Reichsbahn und Reichspost.

Diese Statistik belegt also eindeutig, daß die Steigerung der Produktionskonjunktur für die deutschen Arbeiter und Angestellten nicht einmal die bescheidenste Aufbesserung ihrer in den schlimmsten Krisenjahren erheblich herabgesetzten Löhne und Gehälter zur Folge gehabt hat. Den ganzen Gewinn aus dem im wesentlichen durch die Rüstungsaufträge und die öffentlichen Aufträge hervorgerufenen Aufschwung nimmt demnach der »Volksgenosse« Kapitalist für sich allein in Anspruch.

Treu dem Aufsichtsrat

Das Landesarbeitsgericht in Frankfurt hatte über die Klage eines fristlos entlassenen Prokuristen zu entscheiden, der Weiterzahlung des Gehaltes für drei Monate forderte. Die Klage wurde jedoch abgewiesen mit der Begründung, jener Prokurist habe versucht, die Belegschaft des Werkes gegen den neu eingesetzten Aufsichtsrat aufzuwiegen. Auch der Aufsichtsrat sei ein Aufsichtsorgan der Gesellschaft und auch gegen ihn habe der Angestellte seine Treupflicht zu erfüllen.

Dem Betriebsführer, dem Aufsichtsrat, jedem Vorgesetzten, wer immer er sei, ist der Arbeiter, ist der Angestellte zur »Treu« verpflichtet. Umgekehrt gilt nicht das Gleiche — Untergebene dürfen jederzeit getreten werden. Außerdem hört auch die Treupflicht des Arbeitnehmers da auf, wo die Kollegialität anfangen sollte. Wer einen Arbeitskollegen bespitzelt, denunziert und politisch verächtlich macht, steigt nicht nur in Achtung und Stellung, er vollbringt sogar eine nationale Tat. Das ist die Volksgemeinschaft, die sich die feinen Leute von je erträumt haben und die ihnen nun das Dritte Reich endlich gewährt.

Greuelnachrichten

Vor dem Schnellrichter in Hannover hatte sich ein Bürger zu verantworten, der wegen Verleumdung der »Deutschen Arbeitsfront« angeklagt war. Der Mann hatte die jedermann beweisbare Behauptung aufgestellt, daß es in der »DA« »nach Korruption geradezu stinke«!

Die Führung des Beweises wurde dem Angeklagten selbstverständlich nicht gestattet. Das Gericht belegt ihn mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten.

In Kassel wurde das Geschäft eines Friseurs wegen Gefährdung der Kunden vorübergehend geschlossen...

Aus der »Frankfurter Zeitung«.

Lab der Demokratie in Moskau

Aenderung des russischen Wahlrechts

Auf dem Allrussischen VII. Sowjetkongreß, der Anfang Februar im Moskauer Kreml tagte, gab es eine Sensation. Laut Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wurde der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Molotow, während der Tagung des Kongresses beauftragt, einen Entwurf zur weiteren Demokratisierung des Wahlsystems im Sinne eines Ersatzes der nicht vollkommen gleichen Wahlen durch gleiche, der vielstufigen durch direkte und der offenen durch geheime einzubringen. Einige Tage danach begründete Molotow in einem ausführlichen Referat die beantragten Vorschläge, die einstimmig vom Kongreß angenommen wurden. Gleichzeitig wurde beschlossen, dem Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion die Wahl einer Verfassungskommission vorzuschlagen, die den Text der Verfassung entsprechend ändern und ihre Vorschläge dem Zentralexekutivkomitee zur Bestätigung vorlegen soll. Die nächsten ordentlichen Wahlen der Organe der Sowjetmacht sollen auf Grund des neuen Wahlsystems durchgeführt werden.

Bei der Begründung seines Entwurfes übte Molotow — ungewollt — eine scharfe Kritik an dem bisher in der Sowjetunion gültigen Wahlsystem. Sein Referat war ein einziges Plädoyer für die Vorteile des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, das bisher von allen »Innentreuen« Kommunisten als »Gipfel des Sozialvertrages« angesehen wurde. Ueber Nacht ist das nun plötzlich anders geworden, und Molotow durfte in seinem Referat darlegen, daß das vielbespötelte »vielschwänzige Wahlrecht« weit aus besser sei als das bisher angewandte. »Die Sowjets — erklärte er — waren und bleiben die Grundlage unseres Systems. Aber das, was am Parlamentarismus besser war, nämlich die direkte, gleiche und geheime Wahl der Vertreter für die Organe der Staatsverwaltung bei allumfassender Beteiligung aller Werktätigen, wie es die Sowjetverfassung verlangt, muß in der Sowjetunion jetzt vollkommen durchgeführt werden.«

Im einzelnen begründete Molotow die Ersetzung der bisher drei- und vierstufigen Wahlen durch direkte damit, daß dadurch die Autorität der Organe der Sowjetmacht erhöht und die Verbindung dieser Organe mit den breiten Massen der Werktätigen noch mehr verstärkt werden würde. Ferner sei die Ersetzung der nicht vollkommen gleichen Wahlen durch gleiche (bisher wurde in den Städten ein Delegierter von je 25.000 Wählern und auf dem flachen Lande einer von je 125.000 Einwohnern gewählt) dadurch notwendig geworden, daß man der Bauernschaft nach der zum großen Teil durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft die gleichen Rechte geben müsse wie der städtischen Arbeiterschaft. Am wesentlichsten ist jedoch der Uebergang von den offenen Wahlen zur geheimen Wahl. Er würde, so erklärte Molotow, eine der wichtigsten Formen für die Kontrolle der Festigkeit des Sowjetsystems und seiner Verbundenheit mit der Masse der Werktätigen sein. Die geheime Wahl werde dabei helfen »einige schwache Gebiete in unserer Arbeit rascher aufzudecken«, sie würde »einen Schlag gegen die bürokratischen Elemente« bedeuten und eine »nützliche Aufrüttelung« für sie sein.

Man traut seinen Augen kaum, wenn man diese Begründung liest. Bis zu dem Tage, wo der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare sie von der Tribüne des Sowjetkongresses verkündete, hätte auch nur eine entsprechende Andeutung genügt, um den Schuldigen unter die Anklage der »Abweichung in sozialverräterische Gedankengänge« zu bringen. Selbst Trotzki war vor seiner Vertreibung aus der Sowjetunion diesen Anschuldigungen ausgesetzt, gar nicht zu reden von den Anhängern sozialdemokratischer Auffassungen, die wegen ihrer Forderung der Demokratisierung des Sowjetsystems in die Gefängnisse und in die Verbannung geschickt wurden.

Stellen nun die jetzt angenommenen

Beschlüsse des Sowjetkongresses einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit und eine Wendung zur Demokratisierung des Sowjetsystems dar? Hier sind starke Zweifel geboten. Zunächst hängt die konkrete Durchführung der jetzigen Beschlüsse von der Entscheidung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion ab. Ferner werden die neuen Wahlvorschriften erst bei den nächsten Sowjetwahlen, also voraussichtlich nach vier Jahren, zur Anwendung gelangen. Dann ist nach dem Wortlaut der Beschlüsse und ihrer Begründung anzunehmen, daß die Kommunistische Partei auch nach der Demokratisierung des Wahlrechtes das Monopol der einzigen bestehenden Partei beibehalten und daß es in der Praxis nur eine von den Regierungsbehörden bewilligte Kandidatenliste geben wird. Das wichtigste aber ist: ohne Koalitions- und Versammlungsfreiheit, ohne Freiheit des Wortes und der Schrift bedeutet auch ein formell gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht noch kein freies Wahlrecht. Gerade die Praxis in Hitlerdeutschland hat gezeigt, daß beim Fehlen der wichtigsten Voraussetzungen der politischen Freiheit auch das allgemeine, gleiche und geheime direkte Wahlrecht in ein Mittel zur Vornahme von Abstimmungskomödien verwandelt werden kann, denen gegenüber die Plebiszite Napoleons III. als ein harmloses Kinderspiel erscheinen.

Und dennoch bedeuten die jetzt angenommenen Beschlüsse — möge ihre praktische Verwirklichung noch so problematisch sein — einen gewaltigen Sieg jener Ideologie des demokratischen Sozialismus, die von den Kommunisten in allen Ländern auf das Wütendste bekämpft wird. Hier scheidet von vornherein die Frage aus, ob man mit demokrati-

schen Mitteln eine revolutionäre Umwälzung durchführen kann, da dies in einen ganz anderen Fragenkreis gehört. Hier handelt es sich vielmehr darum, ob der Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens möglich ist, wenn die Demokratie ausgeschaltet ist und eine kleine Minderheit selbstherrlich über das werktätige Volk regiert. Bisher wurde diese Frage von den Kommunisten eindeutig in dem Sinne beantwortet, daß jede Konzession an die Demokratie einen »Verrat an die proletarische Revolution« bedeute. Nach der Begründung, die jetzt Molotow für die Notwendigkeit der Demokratisierung der Sowjetverfassung geliefert hat, kann dieser Standpunkt nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen und dem diktatorischen Sozialismus kann jetzt auf einer ganz anderen Ebene geführt werden, ganz unabhängig davon, ob und in welchem Maße die Demokratisierung des Wahlrechtes in der Sowjetunion durchgeführt wird.

„Gott spricht wie Hitler...“

Pfäffisches aus Neu-Byzanz — »Gottesworte sind Hitler-Worte.«

Es ist ja nichts Neues. Ob Wilhelm II. oder Adolf I.: Sofort sind die Gottesdiener mit dem Gottesgnadentum zur Stelle. Aber man muß zugeben, daß Wilhelms Gottesgnadentum geradezu taktvolle Bescheidenheit war neben dem Größenwahn der Gottanbetung, die Hitler um sich herum inszenieren läßt. Daß er persönlich »der gottesgandte Führer« sei, ist noch das Geringste; ebenso, daß »Deutschchristen« in ihren Häusern Altäre mit Hitler-Bildern errichten und vor ihnen regelrechte »Gottesdienste« zelebrieren. Grotesker

ist jedoch das Treiben vieler sogenannter Geistlicher, die — man braucht nur einmal die Berichte vom flachen Lande zu hören — tatsächlich von den Kanzeln herab ihren Kirchenschafen eintrichtern, daß Hitler »der wahre Gott der Deutschen« und statt Jesus zu verehren sei, denn Hitler werde Deutschland durch Heidentum erlösen...

Wie verheerend sich diese geistige Verwirrung in dem heutigen Deutschland ausdehnt, zeigt eine Schrift, die jetzt erschienen ist. Da sie in Hitler-Deutschland vertrieben werden soll, also in dem großen braunen Zuchthaus, stammt sie durchaus angemessen von dem »Christlichen Schriftenvertrieb der Gefangenenmission«. Ein frommer Pastor, Johannes Lohmann, ist der Verfasser. Für ihn ist Hitler der »Meister des Lichts und der Wahrheit auf dieser Erde, der wahre Messias«. Was tut ein Messias? Er spricht wie Gott? Nein, das ist bei Lohmanns Messias anders: »Gott spricht wie Hitler«. Folglich ist die ganze Schöpfungsgeschichte verkehrt. Ohne Hitler also ein Gott undenkbar.

Mit dem ganzen Rüstzeug seiner Theologie beweist Lohmann

die innige Verwandtschaft zwischen Gott und Hitler.

Fürwahr: Da gibt es keinen Hitler-Gegner, der diesen Argumenten noch länger widerstehen könnte! Ist es nicht etwa stärkster Beweis für Lohmanns These, wenn es in der Bibel heißt: »Gott schied das Licht von der Finsternis«. Denn mit dem »Lichte« war selbstverständlich kein anderer als ausdrücklich Hitler gemeint. Wenn Jesus gesagt hat: »Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich« oder: »Wer Vater oder Mutter mehr liebt, denn mich, der ist mein nicht wert« — so hat er dem wahren Erlöser Hitler nur das Wort aus dem Munde genommen, der das sprach: »Wer mir nicht blind folgt, der kehre sich ganz von mir ab« oder: »Wer nicht mit mir geht, der ist gegen mich«. Jesus sagte: »Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreuet«, — darauf sprach Hitler: »Wer nicht den deutschen Menschen für das deutsche Volk erobert, ist ein Schädling«. Jesus sagte zu den Seinen: »Ihr seid's, die Ihr beharret habt bei mir, und ich will Euch das Reich bescheiden«, — worauf Hitler kündete: »Hätten sich damals nicht die ersten Zweitausend zu mir gestellt und wären sie nicht mit mir gegangen, ich stünde heute nicht hier, und um uns wäre nicht das heutige Reich.«

Schmerzlich nur, daß Lohmann

Moses als Kronzeugen

heranziehen muß. (Man sieht: Auf einen Pastor ist doch nie rechter Verlaß.) Ja, der Moses war doch ein Mann von Format, von hitlerschem Format. Er hat doch gesagt: »Her zu mir, wer dem Herren angehört — und sie nahmen das Schwert und rotteten dreitausend Götzendiener aus«. Worauf Hitler mit vollem göttlichen Rechte sprach: »Den Schädlingen ist auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens ein unbarmherziger Kampf angesagt.« Und da nahm er seine SA und ließ von ihr mehr als dreitausend Anhänger eines anderen Gottes töten. Hat nicht Moses im heiligen Zorn über die Schmach des Volkes Israel beim Tanz ums Goldene Kalb die Gesetzstafeln zerbrochen — wie es Hitler in tiefer Empörung über die vierzehnjährige Schande des deutschen Volkes unter der Zinsknechtschaft mit der Verfassung tat? Ja, wenn dem so ist, muß Moses wohl ein Arier gewesen sein, weshalb auch die Juden dauernd gegen ihn hetzten und nicht seinen Befehlen folgten.

Da Lohmann das Neue Testament bis in die fernsten Winkel durchleuchtet hat, findet er auf Schritt und Tritt

Aussprüche von Jesus, die natürlich auch von Hitler stammen.

Heißt es: »Das alles von Gott, der uns mit ihm selber versöhnt hat durch Jesus Christus«, so ist das prächtig das, was Hitler gesagt hat: »Der einzige Weg, in einer Revolution Erfolg zu haben, besteht darin, daß man seine Gegner faßt, indem man sie überzeugt.« Ja, noch mehr kann der Lohmann beweisen; er kann es aus der Heiligen Schrift und aus Hitlers Reden zur damaligen »Volksabstimmung« mit zwingender Heiligkeit beweisen. Hitler hatte einmal gesagt: »Wir haben vierzehn Jahre lang nie um Stimmen gebettelt, jetzt brauche ich Euch. Jetzt



Wie der Führer befahl!

Herr Kulaweit braucht ein Wappen

Adelsrecht aus Blut und Boden — Beschäftigung für 1000 Jahre

bitte ich Euch, gebt mir Euer Ja...« und ein paar Tage drauf: »Nicht für mich braucht Ihr zur Wahlurne zu gehen, sondern für Euch selbst. Nicht ich bedarf gestützt zu werden, ich bin stark und fest genug«. Was ist das? Das ist, nach Lohmann, die »Proklamation Gottes an die Menschheit«. Denn: »Gott sagt wie Hitler: Nicht für mich brauche ich Euer Ja. Nicht ich bedarf gestützt zu werden, ich sitze fest im Sattel. Braucht Gott Dein Ja für sich? Er hat es durch die Ewigkeit nicht gebraucht. Braucht Gott, der Himmel und Erde geschaffen hat, Dein Ja im Kampf gegen eine aufrührerische Menschheit? ...«

Gott sagt wie Hitler: »Gebt mir Euer Ja«, er bedarf dessen nicht, aber wir sind ohne dies Ja verloren, wie jeder in Deutschland verloren ist, der Hitler nicht sein Ja gibt. Gott sagt wie Hitler: »Ich habe Euch nie um etwas gebittet, jetzt bitte ich. Wie ergreifend war dies Bitten! Wie griff es an die Herzen! Gottes Bitte nicht viel mehr? Gott ringt um Dein Ja nicht um seinetwillen... also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn gab! Erst gibt Gott sich ganz uns, damit wir ganz uns ihm geben. Unserem Volke und uns selbst kann nur geholfen werden, wenn wir einzelnen und unser Volk im Herzen diese Bitte Gottes vernehmen, wie wir die Sitten Hitlers vernommen haben, und wenn wir ein entschlossenes, ganzes Jahr auf diese Bitte Gottes haben. Ist Gott keine achtundneunzig Prozent wert?«

Es kann also, seitdem diese fundamentale Aufklärungsschrift Licht in das Dunkel gebracht hat, kein Zweifel mehr darüber bestehen, welcher der wahre Gott ist. Natürlich der deutsche Gott, der das Eisen wachsen läßt, weil er keine Zinsknechte haben will.

Zirkus Mensch

Ein braver, unbescholtener SA-Mann in Lindau, über den außer umgelegten Marci- sten und Juden nichts Vortreffliches bekannt geworden war, wollte heiraten.

Das ist nicht so einfach für einen SA-Mann, wie der gewöhnliche Sterbliche in zivilisierten Ländern annehmen dürfte. Erst muß er ein »Gesuche um Heiratsurlaub« an die zuständige »Kommandostelle« richten. Der SA-Mann tat das und noch ein Uebiges. Er diente mit einem Kilo Papier, alles prima Gutachten und Zeugnisse, in denen er erschöpfend die eigene Rasereinheit und die der Braut bis zur vorchristlichen Generation nachwies.

Doch der SA-Mann denkt (allerdings nur ganz zeitweilig) und das »Rassensiedlungsamt« lenkt. Ja, das Rassensiedlungsamt! Es ist schließlich nicht umsonst geschaffen worden und will auch sein Vergnügen haben!

So setzte sich denn einer der Rassensiedler hin und diktierte folgenden Entscheid in die Schreibmaschine:

»Herr XYZ in Lindau,

Werter Parteigenosse,

Das Rassensiedlungsamt ersucht sie um die Beibringung eines fachärztlichen Zeugnisses über die Beckenmaße Ihres Fräulein Braut, damit ihre Geburtsfähigkeit nachgeprüft werden kann. Erst

Mit der Arbeitsbeschaffung im Dritten Reiche steht es faul. Feste, Aufmärsche, Feuerwerke ziehen nicht mehr recht, aber für Zeitvertreib muß um jeden Preis gesorgt werden, sonst besteht die Gefahr, daß gar zu viele Untertanen es mit dem Denken versuchen. Bellebt sind Antisemitismus, Eintopf-guckerei und Miesmacherjagden, bellebt ist gleichermaßen die Familienforschung.

Seit einiger Zeit werden an das »alteingesessene Bauerntum« pompöse Ehrenurkunden vergeben, die mit der Eintragung in das »Buch des Bauernadels« verbunden sind. Da könnte nun der Laie denken, so ein Alteingesessener ginge einfach hin und bätte — vielleicht mit den urgroßelternlichen Geburtschellen bewaffnet — um Aufnahme in das Adelsbuch. Eine kindliche Vorstellung! Der Bauer geht, wie einem Aufsatz in der »Hildesheimer Allgemeinen Zeitung« zu entnehmen ist, nicht nur einmal zu irgendeiner zuständigen Stelle, er wandert vielmehr wochen-, monatelang ruhelos umher, setzt ein paar Dutzend Beamte in Bewegung, studiert sich den Schädel heiß, gerät in's Spintisieren, findet am Ende, wenn er Poch hat, eine Lücke in der Ahnenreihe, entdeckt das Fehlen irgendeines alten Kirchenbuches und muß ungeadelt nach Hause gehen.

Wir halten uns bei der folgenden Schilderung streng an die Ausführungen des Hildesheimer Blattes und erfinden nicht eine einzige Komplikation. Wie wir zunächst lesen, muß der Alteingesessene den Nachweis erbringen, daß der Bauernhof sich seit 200 (in Worten: zweihundert) Jahren im Besitz seiner Sippe, beispielsweise der Familie Kulaweit, befindet.

Herr Kulaweit — oder wie er sonst heißen mag — geht also zunächst zum Standesamt — zum eignen und zum benachbarten, das für die Großeltern mütterlicherseits zuständig ist. In den Registern findet er aber nur die »erforderlichen Feststellungen von 1874 ab«. Also auf zum Pfarramt und mit einem Hechtsprung mitten in die Kirchenbücher! »Lieber Herr Kulaweit«, sagt der Pfarrer — und sagt die Hildesheimer Allgemeine — »die nunmehr aufgestellte Ahnenreihe genügt noch nicht für den Nachweis, daß die in ihr aufgeführten

Bauern immer den gleichen Hof besessen haben und daß dieser sich stets vom Vater auf den Sohn oder auf die Tochter vererbt hat. Sie müssen den Nachweis für jede Generation gesondert erbringen!«

Herr Kulaweit — dem vielleicht inzwischen eine Kuh krank geworden ist und der wahrhaftig besseres zu tun hätte — läßt am nächsten Tage anspannen, fährt von seinem Landnest nach der nächsten Stadt — in unserm Falle Hildesheim — und begibt sich auf's Grundbuchamt, das in den Mauern des Amtsgerichts vergraben liegt. Allerdings gehen die Grundbücher im Landkreis Hildesheim nur bis etwa 1890 zurück. Von 1840 bis 1890 wurden die Eintragungen in Hypothekenbüchern gemacht, die in anderen Räumen des gleichen Gebäudes ihr verstaubtes Dasein fristen und von einem (oder ein paar) anderen Beamten durchwühlt werden müssen. »Kommen Sie in einer Woche wieder, Herr Kulaweit! Wir können nicht hexen, es liegen achtunddreißig weitere Anträge vor!«

Nach einer Woche spannt Herr Kulaweit wieder ein, setzt auch — wenn er großes Glück hat — seine Sache durch. Nun hält er aber erst bei 1840, bis 1735 muß er unbedingt vorbringen, und wenn inzwischen außer der einen noch drei weitere Klübe verenden. Zurück zum Pfarramt! Dort müssen noch Abgaben- und Zinsbücher liegen. Nein — sie müßten da liegen, aber sie tun's nicht. Einspannen — zum dritten Mal nach Hildesheim fahren. In der Eberischen Bibliothek duftet es nach zerfallendem Altpapier, der Bücherdrache holt schnaufend die amtlichen Land- und Wiesenbeschreibungen der fürstbischöflichen Ämter in Ruthe, Steuerwald und Marienburg herzu. »Auch im Hildesheimer Stadtarchiv«, verrät das lokale Intelligenzblatt, »wird sich in manchen Filien etwas finden lassen«. In manchen Fällen! In Herrn Kulaweits Falle leider nicht.

Der Alteingesessene trinkt den Becher bis zur Neige, setzt sich auf die deutsche Reichsbahn — Arbeitsbeschaffung! — und fährt nach Hannover, um auch noch die Beamten des Staatsarchivs in Bewegung zu setzen. Hier werden die Unkosten schon empfindlicher. Die Inanspruchnahme des Archivs kostet je Tag

2.50 Reichsmark, wöchentlich 12 und monatlich gar 30 Mark. Herr Kulaweit läßt nicht locker, er gräbt und gräbt wie ein Maulwurf. Wochenlang. Mag die Wirtschaft dahel zwischen verrotten! Endlich — ah! Er ist bei 1735 angelangt, die Sache stimmt! Aber nein, sie stimmt nicht. Das Hildesheimer Blatt erhebt seine warnende Stimme und rät: »Den Erbhofbauern wird empfohlen, die Forschungen nicht abbrechen, wenn die Mindestbesitzzeit von 200 Jahren nachgewiesen ist; vielmehr soll jeder Erbhofbauer versuchen, seinen Besitz so weit als möglich zurückzuvorführen. In der Ehrenurkunde wird auch das frühest nachgewiesene Besitzjahr genannt.«

Zurück zum Pfarrer! Zurück zum Standesamt! Zurück zum Stadtarchiv! Und wenn Herr Kulaweit in der Zwischenzeit nicht verrückt wird, erlebt er den großen Tag der Erfüllung. Was ist die Erfüllung? Er darf — Traum vieler Deutscher! — ein Familienwappen annehmen. Das sticht Mutter in die Wäsche, das steckt sich der Sohn Gustav statt des Gamsbartes an den Hut, das hängt sich die Tochter Amalie an einem Samtband um den Hals, das wird unter Glas und Rahmen in der guten Stube aufgehängt — dicht neben der bewußten Ehrenurkunde — das kriegen sogar die Schafe in den Pelz gebrannt.

Ehe es aber soweit ist, muß das bewußte Wappen noch geprüft, muß noch festgestellt werden, ob es »heraldisch richtig gezeichnet« ist. Und diese Prüfung wird vom Kreisarschub veranlaßt. Man überlege, was für einen Beamtenapparat Herr Kulaweit im Lauf der Wochen in Bewegung gesetzt hat, man bedenke weiter, daß im deutschen Reiche viele hundert solche Kulaweits von Standesamt zu Standesamt, von Archiv zu Archiv, von Bibliothek zu Bibliothek laufen. Ob, es gibt Beschäftigung genug im Dritten Reiche. Und wenn die Einwohner sich vom Hunger nicht stören lassen, können sie auf diese Weise die viel genannten tausend Jahre glatt überstehen, ohne Langeweile zu bekommen. Denn auch die alteingesessenen Bäcker, Fleischer, Aerzte, Rechtsanwälte, Kneipenwirte und Schnapsfabrikanten werden alsbald auf ihrem Adelsrecht bestehen.

dann kann über Ihr Gesuch entschieden werden. Das Rassensiedlungsamt.

Die Rassensiedler wollen es ganz genau wissen! Und so wird dem heiratslustigen SA-Mann aus Lindau nichts anderes übrig bleiben, als bei seinem Fräulein Braut Beckenmaß nehmen zu lassen und den Befund den Rassensiedlern einzuschicken, denn der Mensch ist bekanntlich ein vernunftbegabtes Wesen und das unterscheidet ihn angeblich vom Tier.

Das Rassensiedlungsamt pfeift auf Vernunft und Menschenwürde, aber es giert nach den Beckenmaßen der SA-Bräute, denn die Frau ist im Dritten Reich eine Gebärmachine

und der Führer Hitler braucht für den nächsten Krieg viele Soldaten.

Es gibt einen Roman des »Nordländer« Aage Madelung »Zirkus Mensch«. In diesem grotesk-utopischen Roman, in dem es Mutterhäuser und befruchtende Muttermänner gibt, sah man vor einem Jahrzehnt die geistvolle Ausgeburt eines abstrusen Gehirns.

Aus der Utopie des »Zirkus Mensch« ist die grausige Wirklichkeit des »Zirkus Hitler« geworden, in dem die Frauen sich die genügende Gebärmachine ihrer Bocken bestätigen lassen müssen, um lieben zu dürfen.

Pierre.

Befriedungspolitik

Der nationalsozialistische Pfarrer Pfefferkorn, der kürzlich erklärt hatte, die braunen Bataillone würden das dänische Schleswig mit der Geschwindigkeit eines Blitzes erobern, und der deshalb von der dänischen Presse scharf angegriffen worden war, ist jetzt zum Kreisleiter der Nationalsozialistischen Partei für Tondern-Süd avanciert. Die Ernennung hat in Dänemark größtes Aufsehen erregt.

Agent 14

Von Karl Rothe.

Er fiel durch nichts auf, war mittelgroß, 22 Jahre alt und brünett. In der kaufmännischen Abteilung des großen Hannoverschen Industriewerkes verrichtete Walter Sch. seine Arbeit zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, wie es später im Gerichtsbericht hieß. Er störte niemanden, er belästigte keinen, er trat bescheiden auf — bis zu jenem Novembertage 1934, da er mit wichtiger Miene an den Abteilungsleiter heranschritt und um einige Stunden Urlaub bat. Dabei ließ er eine Ausweiskarte der Geheimen Staatspolizei sehen. »Agent 14«, stand drauf. Mit Lichtbild. Unterzeichnet: Göring.

Mit diesem Tage begann in diesem Betriebe eine neue Ära. Ueberschrift: Unter Kontrolle der Gestapo. Bis dahin hatten nur die Arbeiter geflüstert, jetzt ging das Flüstern bis in die höchsten Sphären der Direktion. Wo Walter auftauchte, stockte jegliches Gespräch. Ließ er sein bis dato so harmloses Auge auf einem Angestellten ruhen — und er tat es jetzt so oft, daß in seiner Nähe keiner mehr aufzuschauen wagte — so überkam den Betroffenen ein laises Zittern. Der ganze Betrieb atmete auf, wenn Walter ab und zu einen Tag Urlaub faßte.

»Im Interesse des Staates«, wie der Ressortbulle jedesmal hören mußte. Man zahlte diese Tage gern aus. Kam Walter zurück, so fand er Blumen auf seinem Platze, die er nicht ohne Barschheit beiseite stellte, unbestechlich, wie Görings Agenten nun einmal sind. So von oben her behandelte er alle irgendwie gearteten Geschenke. Saß er mit gefalteter

Stirn und räuspernd auf seinem Schemel, so erkundigte sich das ganze Büro nach seinem Befinden.

Nur einer nicht, der erste technische Leiter. Der sah an ihm vorbei wie früher und Walter fühlte, daß hier etwas geschehen müsse, sonst griff so etwas auf den ganzen Betrieb über. Hatte der »Technische« vor Wochen nicht einmal Äußerungen gewagt, die als Beleidigungen des Führers ausgelegt werden konnten? Und wie war das am 1. Mai? Unter dem Arm ein Aktenstück mit der Aufschrift »Geheime Staatspolizei«, wanderte er von Abteilung zu Abteilung, vernahm Beamte und Angestellte, ging zur Staatspolizei und beantragte ein Verfahren gegen den Obstaten Technischen. Vernehmungen, Recherchen, Beratungen Walters mit der Polizei. Wobei sich herausstellte, daß Walters Ausweis eine gefälschte, selbstangefertigte Angelegenheit war.

Die große Strafkammer des Landgerichts Hannover mühte sich vergebens, hinter die Motive des Angeklagten zu kommen. Gewinnsüchtige Absichten lagen nicht vor, Geschenke hatte sich Walter mehrfach verboten. Wollte er lediglich avancieren? Alles um ihn herum schien dunkel und rätselhaft. Sogar der Staatsanwalt dachte angestrengt nach, wodurch das Dunkel wesentlich wuchs.

Nur dem Verteidiger gelang es, tiefer in die Abgründe einer irren Seele zu leuchten. »Meine Herren Richter«, begann er, »der Angeklagte selbst weiß keine Gründe für sein Handeln anzugeben, aber ich habe mich mit ihm mehrfach unterhalten und sehe den Fall mithin klarer. Dieser junge Mensch hat in den letzten Jahren viel gebangt und viel ge-

zittert. Einmal ist er von SA geprügelt oder mindestens schwer bedroht worden, was er mir nicht klar gesagt hat, denn das ist ja seit 1933 in Deutschland verboten. Dieser Mann läuft seit einiger Zeit mit zerrüttetem Selbstbewußtsein umher — wem von uns geht das anders? Wer von uns fühlt sich nicht dauernd bedroht, beleidigt, getreten? Sie kennen Freud und Adler — nun also, hier hat einer versucht, sein durch die gesamte Umwelt lädiertes, malträtiertes Selbstbewußtsein durch Ueberkompensation wieder herzustellen. Andere sollten einmal vor ihm zittern, damit er wieder an sich glauben konnte. Kennen sie Leonhard Franks Roman von der Ohrfelge, die zum Mord führt? Natürlich nicht. Im Falle Walter war kein Mord nötig, hier tat es eine Betriebs-Köpenickiade, wie sie nur im Lande der Gestapo möglich ist. Es genügte das Gerücht, daß Walter ein Spitzel sei — und alles ringsum erstarb von selbst. Bitte sagen Sie mir, in welchem anderem Lande ein so niedriges Subjekt, wie es der horchende Denunziant ist, eine solche Bedeutung genießen kann! Wo kann —

Der Staatsanwalt rollte die Augen und wollte aufspringen, aber der Verteidiger hob beglütend die Hand. »Ich teile Ihre Entrüstung, meine Herren, und die vorschriftsmäßige Gesinnung tritt sofort in Erscheinung. Wie weit war ich gekommen? Ach so: der Spitzel, Schnüffler und Denunziant als totales Staatsfundament. Sprechen wir es doch offen aus, meine Herren: der Angeklagte wurde ein Opfer dieser grandiosen moralischen Erneuerung Deutschlands. Dazu gehört der neue rassistische Höhenwahn: germanische Rasse über alles... jeder Deutsche ein Her-

rennensch... eine Herrengeneration muß heranwachsen, in der einen Hand den Revolver, in der andern die Reitpeitsche. Zittern muß die Welt. Der Angeklagte hat einmal ausprobieren wollen, wie weit er die Merkmale solchen Deutschtums aufweist. Ein Geist hat sich seiner bemächtigt, der von ganz oben legitimiert war; der offizielle Höhenwahn ist in einen kleinen Büroschreiber geflüchtet — — —

In diesem Berichte beruht alles auf Wahrheit, nur diese Rede wurde nicht gehalten. Die ist hinzu gedichtet. »Agent 14« erhielt 10 Monate Gefängnis. Ein Verteidiger war überflüssig, denn auf alles, was zu diesem Falle zu sagen wäre, steht in Gangsterkies sofortiges KZ.

Eine Straße — acht Namen

Die braunen Stadtväter zu Solingen scheinen lange nachgedacht zu haben, wie sie sich erstens hervortun und zweitens der Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten könnten. Endlich sind sie auf eine geniale Idee verfallen. Sie haben beschlossen, in ihrer Stadt nicht weniger als 345 (dreihundertfünfundvierzig) neue Straßennamen einzuverleiben. »So viel Straßen gibt es ja gar nicht!« wandte ein Meckerer ein. »Dann wird eben eine Straße mehrere Namen bekommen, alle zehn Häuser einen neuen!« wies man ihn streng zurecht. Und in diesem Sinne wurde beschlossen.

Ungeahnte Möglichkeiten! 345 braune Ober-, Mittel- und Unterführer können geehrt werden und werden der Stadt ihre Huld

Lohnforderung ist Meuterei!

Soziale Zustände im Dritten Reich

Die Jahresberichte der Handelskammern und auch der Halbjahrsbericht der Reichskreditgesellschaft vermögen bei aller Mühe, in vorschriftsmäßiger Begeisterung zu machen, nicht zu verschweigen, daß die Scheinkonjunktur von 1934 abgeklungen ist und eine scharf absteigende Kurve eingesetzt hat. Aber auch aus den amtlichen Ziffern geht hervor, daß die gewaltig anschwellende Arbeitslosenzahl mit Saisongründen allein nicht mehr erklärt werden kann. Die Zunahme der Arbeitslosen im Januar von 370.000 hat allgemein die Saarstimmung gründlich verdorben. Die Presse der Arbeitsfront hilft sich über eine Berichterstattung der Arbeitsmarktlage hinweg, indem sie sich wieder einmal dem unverfänglichen Thema „Soziale Ehre und Betriebsgemeinschaft“ zuwendet. Die nicht veröffentlichten Berichte aus den Betrieben und den Arbeitsorganisationen zeigen indes, daß Betriebs- und Volksgemeinschaft wieder einige Risse aufzuweisen haben.

Lohnfragen.

Die Lohnverhältnisse werden täglich unübersichtlicher und verworrener. Die Reichsbetriebsgemeinschaften und die Arbeiter dürfen über die tatsächlichen Löhne nicht berichten. Die Tarifverträge sind auch so weit sie formell bestehen, gänzlich belanglos geworden. Die Willkür in der Entlohnung wird den Unternehmern erleichtert, indem individuelle Leistungslöhne gewährt werden. Es werden Leistungsprämien versprochen, ohne daß sich in den rationalisierten Betrieben überhaupt die Einzelleistungen des Arbeiters feststellen lassen. Zweck der Übung ist lediglich ein unerhörtes Hetztempo. Das gilt vor allem bei den Akkordlöhnen, für deren Bemessung weder Lohnkommissionen, noch andere Berufungsstellen mehr bestehen. So wird z. B. in einer Glühlampenfabrik die Arbeitsintensität am Band derartig gesteigert, daß an einer Arbeiterin in fünf Minuten statt zwei vier Birnen vorbeikommen. Als Ausdruck des neuen sozialen Geistes der Betriebsgemeinschaft müssen Arbeiter in Rüstungsbetrieben auf die Ueberstundenbezahlung verzichten. Es wird z. B. zum Ausgleich von Feiertagen an einigen Tagen länger gearbeitet, und zwar zu den normalen Lohnsätzen. In einem großen Druckereibetrieb werden die übertariflichen Löhne abgebaut. Die Abzüge bei gelernten Arbeitergruppen belaufen sich bis zu 20 Mk. pro Woche.

Eine Gruppe von Arbeitern in einem AEG-Betrieb, die gemeinsam Lohnerhöhung fordert, wird zwei Tage später wegen Meuterei verhaftet.

In einem Berliner Großbetrieb wurde ein Formular folgenden Inhalts verteilt: „Der Unterzeichnete bittet darum, 20 Prozent seiner Lohnsteuer oder einen entsprechenden von ihm festgelegten Satz an das Winterhilfswerk

abzuführen“. Die Arbeiter haben festgestellt, daß ihnen etwa das Dreifache des vorjährigen Betrages für das WHW. abgezogen wird. Ein großer Teil der Belegschaft, darunter SA-Leute und höher bezahlte Arbeiter, strichen die Formulare durch und setzten den Betrag des Vorjahres ein.

Arbeitsdienst.

Die Mehrzahl der Mitglieder des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ besteht heute aus Arbeitslosen, die durch die Drohung des Unterstützungsentzugs auf 6 Monate in die Arbeitslager gezwungen werden. Ab 1. Oktober sollen die Jungerwerbslosen 12 Monate Zwangsarbeit abtun. Die neue Dienststrafordnung enthält 15 verschiedene Straftaten, darunter Lagerarrest bis zu 4 Wochen, Stubenarrest bis zu 4 Wochen, Zellenarrest in Gefängniszellen von 1 bis 8 Monaten. Aber der Arbeitsdienst ist „freiwillig“. In den nächsten Wochen erfolgen große Entlassungen aus dem Arbeitsdienst, die Zahl wird auf 60.000 angegeben. Die Möglichkeiten einer Aufnahme in die Reichswehr ist sehr begrenzt. Die Einstellung beim Bau der Reichsautobahnen reicht gleichfalls für die große Zahl der Bewerber nicht entfernt aus. Auch die Behelfsmittel des Arbeitsplatztauschens zur Unterbringung älterer Familienväter mußten angesichts der zahlreichen arbeitslos werdenden jüngeren Arbeitsdienstler wieder aufgegeben werden. Der sogen. „Arbeitsdank“ steht vor einer unlöslichen Aufgabe, denn die Notwendigkeit der Unterbringung tausender von Arbeitsdienstlern fällt zeitlich zusammen mit der Zunahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Ergebnis der ersten Hälfte des Hitlerschen Vierjahresplanes.

Arbeitszeit in den Bäckereien.

Die neue Verordnung über die Arbeitszeit hebt die letzten Errungenschaften der Gewerkschaften auf. Zum Hohn der Gesellen wird von der achtstündigen Arbeitszeit gesprochen, obgleich eine 54stündige wöchentliche Arbeitszeit ohne jede Ueberstundenbezahlung zugelassen ist. Es ist dem Arbeitgeber überlassen, die an einem Tage ausgefallene Zeit, am anderen durch Verlängerung aufholen zu lassen. Gerade in den Bäckereien spielte von jeher die Festsetzung der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit eine große Rolle. Um die vielfach nötigen Aushilfen zu Ende der Woche einzusparen, hat es der Betriebsführer jetzt in der Hand, sich durch entsprechende Anordnung der Arbeitszeit an den einzelnen Tagen für Ende der Woche das ausreichende Maß von verfügbarer Arbeitszeit zu sichern. Im übrigen kann auch in allen Fällen, in denen „die Gefahr des Mißlingens der Backerzeugnisse“ besteht, verlängerte Arbeitszeit angeordnet werden.

Der Dreischichtenbetrieb, den die Gewerkschaften immer aufs schärfste bekämpft hatten, ist jetzt wieder erlaubt.

Für Betriebe mit drei Schichten kann vom Arbeitsminister das Verbot der Nacharbeit aufgehoben werden. Es braucht wohl nicht erläutert zu werden, daß die Unternehmer von allen in der Verordnung ihnen eingeräumten Befugnissen reichlichen Gebrauch machen werden. Aus den Berichten der deutschen Bäckergesellen geht außerdem hervor, daß die Lohnsenkung allgemein mehr als 25 Prozent ausmacht, an zahlreichen Orten aber über 35 Prozent gestiegen ist. Es bleibt kein Beruf von den Segnungen des Dritten Reiches verschont.

Betriebsappelle.

Die Reinigungsaktionen in den eigenen Organisationen der Nazis nehmen kein Ende und das Regime hofft auf diese Weise seine Normalisierung, wenn auch nicht nach dem Programm des Deutschen Sozialismus, so wenigstens im Sinne des Kapitalismus zu erreichen. Nur auf einem Gebiet versagt sowohl die Göbbelsche Volksaufklärung wie die Gewalt der Gestapo und der Feldjäger — in der immer brennender werdenden Arbeiterfrage. Das Schicksal der Arbeitsfront zeigt nur zu deutlich, daß die Nazis in ihrer Organisationsfrage der Arbeiter und Angestellten ratlos herum experimentieren. Die 19 Reichsbetriebsgemeinschaften, d. h. gelben Zwangsgebilde, sind mit dem Gesetz vom 24. Oktober 1934 reorganisiert worden und Ley kann nicht weiter. Die wiederholt angekündigten Durchführungsverordnungen sind bis heute nicht herausgekommen. Die Aufhebung des Klassenkampfes will nicht gelingen. Auch der letzte Versuch, „in den Betrieben die Betriebsgemeinschaften einzuzerzieren“ und über die Betriebsappelle die soldatische Ordnung einzuführen, ist schon so gut wie gescheitert. Weder die Arbeiter noch die Unternehmer wollen mitmachen. Die Arbeiter verlangten immer wieder die Bezahlung der Betriebsappelle.

die Unternehmer aber haben einen jährlichen Ausfall von 300 Millionen Arbeitsstunden ausgerechnet.

Die Inspektionsreise des Ley hat kaum geholfen. Zwar haben in den Eigenbetrieben der Nazis und in den mit Staatsaufträgen bedachten Firmen solche Paraden stattgefunden, aber von der allgemeinen Einführung ist keine Rede. Die von Ley seit dem 19. November 1934 täglich gehaltene gleiche Rede weckt keine Begeisterung. Er will den Arbeitern einreden, daß nicht die kapitalistische Profitwirtschaft, sondern einzig die Kontrolluhr Ursache alles Übels auf Erden ist. Der Auftakt zur Betriebs-Leyerel war Gotha. Die ganze Nazipresse war voll des Lobes. Vierzehn Tage nach Leys Abreise wurden in Gotha die Kontrolluhren wieder eingeführt. Die obligatorische Einführung des Betriebsappells ist wieder fallen gelassen worden.

Der ehemalige Treuhänder von Westfalen schrieb in einem Artikel:

„wenn es schon bei der Kontrolluhr um die wenig angenehme Bestätigung der Pünktlichkeit oder Unpünktlichkeit mit ihren Folgen ging . . . allmorgendliche Appelle, bei denen nicht ein Mechanismus, sondern ein Vorgesetzter kontrolliert, wurden wie der berüchtigte mit der Uhr in der Hand stehende Chef empfunden.“

Der Ley, den man bei der Reichswehr das uniformierte Weinfäß nennt, hat sich schließlich darauf beschränkt, am Jahrestag Hitlers am 30. Januar einmalig demonstrativ 50.000 Betriebsversammlungen anzuordnen. Auf Veranlassung der Unternehmer hat der Reichsarbeitsminister verfügt, daß diese Betriebsversammlungen außerhalb der Arbeitszeit, d. h. auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, stattzufinden hatten. Damit sind die Betriebsappelle bei den Arbeitern besonders beliebt geworden. Es ist also Essig mit der Volksgemeinschaft.

Geselligkeitsvereine der Unternehmer.

Die Unternehmer machen sich über die neue Sozialversicherung lustig. Einmal beherrschen sie die neue Wirtschaftsorganisationen ausschließlich, denn Schacht hat nicht einen einzigen Arbeiter zugelassen. Daneben aber sind sie dazu übergegangen, als Ersatz der aufgelösten Arbeitgeberverbände Geselligkeitsvereine zu bilden. Doch bestehen die Arbeitgebervereinigungen in getarnter Form munter weiter. So schreibt der „Völkische Beobachter“ über den „in Liquidation“ befindlichen Verband Berliner Metallindustrieller, daß dem so sei „und einzig und allein, weil die Syndici die Auflösung immer noch nicht glauben können? Auch die Mitgliedsbeiträge verlangen sie noch unentwegt in alter Höhe, für die Kasse des Geselligkeitszirkels.“

Arbeitsfront, Betriebsappelle und was sonst von Ley erfunden ist, haben sich als Exerzierplatz für die Gleichschaltung der deutschen Arbeiterschaft nicht bewährt. Auch die künftigen Experimente werden versagen. Die Arbeiterfrage ist ungelöst geblieben. Sie zu lösen kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Jahwe vor den Sonderrichtern

Vor dem Hallenser Sondergericht wurde ein Angeklagter aus Jessen, der in einem Liebesbrief an ein junges Mädchen behauptet hatte, daß er als früherer Anhänger der „Ernstens Bibelforscher“ und als heutiger „Zeuge Jahwes“ ein besonders geeigneter Freier sei, der ein Mädchen wahrhaft glücklich machen könne, das sicher ebenfalls eine rechte „Zeugin Jahwes“ sein wolle, wegen Werbung für eine staatsfeindliche Organisation zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Jahwe, der Staatsfeindliche, symbolisch arretiert! Von der Bestialität zur Komik ist im heutigen Deutschland nur ein halber Schritt!

»Soziale Ehre«

Die Unternehmer fordern immer dringender, daß die »sozialen Ehrengerichte« endlich ihrer eigentlichen Aufgabe gemäß arbeiten, daß die Verhandlungen gegen Unternehmer, die ja doch in den meisten Fällen zu keinem rechten Ergebnis führen, durch handfeste Verurteilungen aufsässiger Arbeiter ersetzt werden.

Vor dem sozialen Ehrengericht in Gera — Treuhänderbezirk Mitteldeutschland — standen in diesen Tagen zwei Arbeiterinnen. Ihr Vergehen? Die deutsche Presse berichtet darüber:

Sie standen unter der Anklage, Anfang Dezember 1934 den Arbeitsfrieden in einer Kammgarnspinnerei durch böswillige Verhetzung gestört zu haben. Den Hintergrund bildeten Akkordschwierigkeiten, die bei einem Teil der Gefolgschaft zu einer gewissen Verärgerung geführt hatten. Den beiden Angeklagten wurde nun zum Vorwurf gemacht, ihren Mißmut sei es zuzuschreiben.

daß eines Morgens die Maschinen des Betriebes zur gewohnten Zeit nicht liefen.

Dadurch mußte sich der Tatbestand der Störung des Arbeitsfriedens ergeben.

Der Richter wandte sich vor Verlegenheit, blätterte in seinen Büchern und wußte sich nicht zu helfen, denn eine Bestrafung war schwer zu begründen. Das Delikt bestand ganz offenbar darin, daß die Arbeiterinnen für und ihrer Kollegen gutes Recht gefordert hatten. Die Klage wurde dennoch nicht abgewiesen, vielmehr wurde die Verhandlung vertagt. Vielleicht läßt sich noch eine »Schulde konstruieren.

Uns interessiert vor allem die Tatsache, daß die fadenscheinige Klage überhaupt zugelassen, daß Verhandlung anberaumt wurde.

Unternehmer wurden bisher vors Ehrengericht zitiert, weil sie tatsächlich strafbare Handlungen begangen, etwa ihre Machtstellung weiblichen Angestellten gegenüber mißbraucht, etwa sich an Lehrlingen unsittlich vergangen, etwa den Unfallschutz vernachlässigt hatten. Wo aber wurde ein »Betriebsführer um hetzerischer Reden willen angeklagt? Wo wurde einem der Prozeß gemacht, weil er zu andern Unternehmern geäußert hatte, die Arbeiter seien noch viel zu gut bezahlt, man müsse den Kerlen den Brotkorb höher hängen? Besprechungen dieser Art werden in Unternehmerzusammenkünften zu Dutzenden geführt. Die Arbeiter aber haben das Maul zu halten, sonst greifen die »sozialen Ehrengerichte« ein.

Die Ehrengerichtspraxis steckt noch in den Kinderschuhen — in der Zukunft erst wird es sich zeigen, welches neues Instrument der Unterdrückung den Unternehmern hier in die Hand gegeben wurde.

Schönheit der Arbeit

Die Nationalsozialisten haben zur Verschleuderung der in die viele Millionen Reichsmark gehenden Zwangsbeiträge der Deutschen Arbeitsfront eine riesige Organisation geschaffen, der sie die Bezeichnung »Kraft durch Freude« gegeben haben. Eine Unterabteilung dieses aufgeblühten Apparates nennt sich »Schönheit der Arbeit«. Diese Schönheit der Arbeit ist im Dritten Reich einfach diktiert worden, nachdem sie sich trotz allen Phrasengebrauchs nicht einstellen wollte.

Wie sie in Wirklichkeit aussieht, das deuten die Richtlinien an, die eben die Deutsche Arbeitsfront für Unterkunftsräume der in die

häusliche Gemeinschaft des Unternehmers aufgenommen oder an den Arbeitsstätten wohnenden Gehilfen, Lehrlingen, Verkäuferinnen usw. in gewerblichen und Handelsbetrieben erlassen hat. In diesen Richtlinien wird für unzulässig erklärt, das Arbeitspersonal.

»in für Wohnungszwecke ungeeigneten Kellergeschoßen oder unter unverschalteten Dach oder so neben Betriebsräumen unterzubringen, daß eine gesundheitlich nachteilige Belästigung durch hohe Temperaturen, Staub, Gase und Dampf oder die Nachtruhe störenden Lärm eintreten kann. Von angrenzenden Aborten sind sie durch für Luft undurchlässige Wände und Decken zu trennen. Auf jede Person sollen mindestens 10 Kubikmeter Luft und 4 Quadratmeter Raum entfallen. Die Räume müssen sauber und von Ungeziefer freigehalten werden. Für jede Person muß ein Bett vorhanden sein. Die Betten dürfen nicht schichtweise von verschiedenen Personen nacheinander benutzt werden und nicht mehr als zu zweien übereinander stehen.«

Das ist eine köstliche Schönheit der Arbeit, die solche Richtlinien notwendig macht. Ihr Wert besteht darin, daß sie dokumentieren, daß das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis ungemildert fort dauert und in zahllosen Fällen zu mittelalterlichen Formen zurückkehrt.

Früher konnten die Opfer derartiger kapitalistischer Ausbeutungsmethoden mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation sich dagegen zur Wehr setzen und auf Abhilfe dringen. In zahllosen Fällen ist das geschehen. Die deutsche Arbeitsfront denkt daran überhaupt nicht! Diese Richtlinien verfolgen nur den einen Zweck, im Ausland Reklame mit sozialpolitischen Verbesserungen zu machen, die in Wirklichkeit nur Dunst sind.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1935; Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.